

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2022



**Die Stadt Oranienburg ist sich ihrer doppelten Geschichte bewusst – Kommentar**

**Diskussion und Kritik an der zukünftigen Ausgestaltung der Gedenkstätte Hoheneck**

**Putins Beutezug – Kommentar**

## Aktuell

- 3 No War! Statement zur Aggression Russlands gegen die Ukraine  
Der Beschluss für die Benennung einer Straße nach Giesela Gneist bleibt bestehen  
Für die erfolgreiche Konservierung der Stasi-Akten sind Millionen erforderlich

## Recht

- 4 Anerkennung von Gesundheitsschäden aus SED-Unrecht erleichtern  
Anpassung der Regelbedarfsstufen für 2022 und Stiftungsleistungen für Hinterbliebene
- 5 Härtefallfonds für politisch Verfolgte um 10 000 Euro aufgestockt

## Aufarbeitung

- 6 Leben in der Verbannung – Die Kinder des Gulag
- 7 Markus Wolf – Der Herr der Spione

## International

- 8 Präzedenz-Entscheidung des Verfassungsgerichts der Tschechischen Republik

## Berichte

- 9 Die Stadt Oranienburg ist sich ihrer doppelten Geschichte bewusst – Kommentar
- 10 Gedenktag 31.01.2022 – Die medial verschwiegenen über 120.000 deutschen Nachkriegsopfer
- 11 Diskussion und Kritik an der zukünftigen Ausgestaltung der Gedenkstätte Hoheneck

## Geschichte

- 12 Von begrenzter Sichtweise zur begrenzten Souveränität
- 13 Geschichtsverdrängung  
Putins Beutezug – Kommentar

## Verbände

- 15 Die Gedenkstätte Leistikowstraße trauert um Peter Seele  
Werner Höpfner – Zweiter Todestag
- 16 Veranstaltungen und Ausstellungen des Stasi-Unterlagen-Archivs Leipzig

## Service/Bücher

- 17 Eisige Zone – Betrachtungen zu einem Buch, das es noch gar nicht gibt.  
Józef Piłsudski – Eine Biografie
- 18 Xi Jinping – Der mächtigste Mann der Welt?
- 19 MASKIERUNGSSZÄRTLICHKEIT – Dresdner Gedichte  
W. H. und die roten Teufel

## Umschlagbild

*Putin – Terrorist No.1 – Demonstration vor dem Reichstag gegen die Annektion der Krim 2014*

*Foto: Pietzsch*

## Editorial

# Wir sind sprachlos, aber nicht hilflos!

Putin hat den Westen in die Realität gebombt. Wir, die Opfer von Kommunismus und SED, gehören wohl zu der Bevölkerungsgruppe, die weit weniger überrascht ist, da wir durch eigenes Erleben, dass Kommunismus nichts Erstrebenswertes ist, sondern ein Verbrechen. Als UOKG haben wir mit dem Einmarsch von Putins Truppen in die Ukraine eine Strafanzeige gegen Putin beim Generalbundesanwalt und beim Menschenrechtsgerichtshof in Den Haag gestellt.

Putin ist ein Kriegsverbrecher und gehört angeklagt. Unser aller Solidarität mit der Ukraine ist jetzt gefragt.

Als UOKG werden wir auch Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine so gut helfen, wie wir können.

Gott schütze die Ukraine und alle friedliebenden Menschen.

Ihr Dieter Dombrowski

## Strafanzeige nach dem Völkerstrafgesetzbuch gegen den russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin

Am 24.02.2022 hat der Bundesvorstand der UOKG e.V. bei den juristischen Institutionen in Deutschland und der Europäischen Union Strafanzeige gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin gestellt. Dies geschieht vor dem aktuellen Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine.

Der Protest und die Appelle gegen diese Invasion sind heftig, in Europa, in Deutschland und der ganzen Welt. „No War! Statement zur Aggression Russlands gegen die Ukraine“, initiiert von Pamela und Wolf Biermann, ist nur eines von vielen. Verschiedene Beiträge befassen sich deshalb in der neuen Ausgabe mit der Geschichte dahinter. Sie verweisen auf historische Zusammenhänge und kommentieren die Ereignisse.

Opfer des Stalinismus, der Speziallager, Nachkriegsopfer des Zweiten Weltkriegs und Betroffene der SED-Diktatur warnen und erkennen die erschütternden Parallelen zur Gegenwart, die Folgen solchen politischen Handelns. Die Betroffenen dieses Unrechts werden deshalb nicht müde, den kommunistischen Totalitarismus in seinen verschiedenen Formen anzuprangern und bloßzustellen.

Um so wichtiger ist und bleibt die Aufarbeitung des Unrechts. Deutschland ist hier in Vielem Vorbild, wenn auch manches bisher nicht realisiert oder durchgesetzt werden konnte, so z.B. eine gerechtere Form der Rehabilitierungsmöglichkeiten bei der Rentenberechnung oder der Anerkennung von Gesundheitsschäden. Immerhin, für 2022 wurde eine Anpassung der Regelbedarfsstufen vorgenommen.

Aber auch außerhalb Deutschlands versuchen Einzelpersonen und verschiedenste Organisationen, das erlittene Unrecht öffentlich zu machen, die Aufarbeitung ins öffentliche Bewusstsein zu heben. Beispiele aus Tschechien zeigen dies auf.

Berichte zur zukünftigen Ausgestaltung der Gedenkstätte Hoheneck sowie ein Kommentar zur Straßenbenennung in Oranienburg nach Giesela Gneist, ehemalige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V., ergänzen die aktuellen Themen.

Unser Dank gilt allen Unterstützern, Lesern und Spendern des Stacheldrahtes

Dr. Henning Pietzsch  
Redaktion

## No War! Statement zur Aggression Russlands gegen die Ukraine

Es kann nicht schweigend hingenommen werden, dass über achtzig Jahre nach dem Münchner Abkommen in Europa wieder unverhohlen mit einem Einmarsch in fremdes, souveränes Territorium gedroht wird. Das Hegemonialstreben Präsident Putins greift die nach 1989 in Osteuropa in vielen Staaten gewonnene demokratische Freiheit zentral an. Es ist bekannt, dass Putin, der den Untergang der totalitären Sowjetunion als „Tragödie“ bezeichnet, jegliche demokratische Bewegung im eigenen Land bekämpft und Europa nicht nur durch Cyberangriffe und digitale Einflussnahme zu destabilisieren versucht. Er fälscht

zudem, wie das Verbot der Menschenrechtsorganisation MEMORIAL zeigt, das Geschichtsbild.

Der Kern unserer demokratischen Gemeinschaft Europa ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Freiheit der Weltanschauung, die Freiheit des Handels, die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Künste und Wissenschaften.

Putin konstruiert nun eine angebliche Bedrohung Russlands durch die Nato. Das Gegenteil ist der Fall: Die Umzingelung der Ukraine mit russischen Truppen ist ein Angriff auf den Frieden in ganz Europa.

Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, Putins Aggression entschieden entgegenzutreten. Wir unterstützen den Dialog mit Russland, fordern aber den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine. Unsere Solidarität und Hochachtung gilt allen demokratischen Kämpfer:innen in der Ukraine, in Belarus – wie auch in Russland selbst.

Pamela Biermann, Wolf Biermann,  
Burghart Klaußner, Uli Schreiber

Unterzeichnerliste unter: <https://www.literaturfestival.com/aktuelles>

## Der Beschluss für die Benennung einer Straße nach Giesela Gneist bleibt bestehen – Kompromissvorschlag wurde zurückgezogen

Der jahrelange Streit um die Benennung einer Straße in einem Neubaugebiet in Oranienburg nach Gisela Gneist geht in die nächste Runde. In der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2022 ist ein neuer Beschlussvorschlag gescheitert. Ein Kompromissvorschlag von den Fraktionen SPD, CDU, FDP und Freie Wähler/Piraten, der eine Umbenennung der Straße und die Benennung einer Straße in einem anderen Wohngebiet

nach Gneist vorsah, wurde gestern in der Sitzung zurückgezogen. Die im Jahr 2020 erfolgte Benennung der Straße nach Gneist, die von 1945 bis 1950 im sowjetischen Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen inhaftiert war, hat nun weiterhin Bestand.

Zu Beginn der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hatte der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kom-

munistischer Gewaltherrschaft, Dieter Dombrowski, an die Stadtverordneten appelliert, bei Beurteilungen von Personen im Nachhinein stets das gesamte Leben zu betrachten. Dombrowski verwies darauf, dass Gneist in den 1990er Jahren von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert worden sei.

Der Bundesvorstand der UOKG  
Berlin, den 24.02.2022

## Für die erfolgreiche Konservierung der Stasi-Akten sind Millionen erforderlich

Am 15.01.2022 äußerte sich der Bundesvorsitzende der UOKG Dieter Dombrowski im Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Anlass war eine Stellungnahme des Präsidenten des Bundesarchivs Michael Hollmann, der einen zweistelligen Millionenbetrag gefordert hatte, um die 110 Kilometer Stasi-Akten für die Zukunft zu erhalten. Das Thema war in der letzten Woche auf der Tagesordnung des Kulturausschusses im brandenburgischen Landtag. Für die Standorte Berlin, Rostock, Frankfurt an der Oder, Halle an der Saale, Leipzig und Erfurt werden erhebliche finanzielle

Mittel im zweistelligen Millionenbereich für Neubauten notwendig. Die ursprünglich vom Gesetzgeber bei der Überführung der Stasiunterlagenbehörde ins Bundesarchiv vorgesehene kostenneutrale Eingliederung, sei laut Hollmann nicht umsetzbar. Dieter Dombrowski unterstützt ausdrücklich diese Forderung und fordert darüber hinaus mehr finanzielle Mittel für ein Projekt der Fraunhofer-Gesellschaft, das darauf abzielt, Schnipsel von Stasi-Akten aus Tausenden von Säcken wieder zusammensetzen.

Antje Zumdick, UOKG



## Anerkennung von Gesundheitsschäden aus SED-Unrecht erleichtern

Trotz der schwierigen Bedingungen im zweiten Corona-Jahr ist der Beratungsbedarf zur Anerkennung und Entschädigung von SED-Unrecht weiterhin hoch, so die Landesbeauftragte für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Anne Drescher. Insgesamt 627 Bürgerinnen und Bürger nahmen 2021 die Beratungsangebote bei der Landesbeauftragten wahr. Neben Menschen, die in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert, beruflich benachteiligt oder durch Maßnahmen gesundheitlich oder im Vermögen geschädigt wurden, wenden sich auch aufgrund verbesserter Entschädigungsregelungen zunehmend weitere Betroffenengruppen an die Bürgerberatung. Dazu gehören insbesondere Betroffene von Einweisungen in Spezialheime, von Sportschädigungen, von Zersetzungsmaßnahmen und Verfolgte Schüler.

„Viele Betroffene leiden heute gesundheitlich unter den Folgen des ihnen in

der DDR widerfahrenen Unrechts, die mit Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes gelindert werden könnten. Obwohl ihre Verfolgung durch eine Rehabilitation anerkannt wurde, beantragen die meisten Betroffenen wegen der komplizierten und belastenden Verfahren diese Leistungen nicht“, sagte die Landesbeauftragte Anne Drescher. „Die Anerkennungsquote liegt bei lediglich 10 Prozent. Für ehemalige politische Häftlinge, Betroffene von Einweisungen in Spezialheime, von Sportschädigungen und von Zersetzungsmaßnahmen müssen hier dringend Erleichterungen erreicht werden“, betonte Drescher.

Ein wichtiges Thema ist auch die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“, für die am 30. Juni 2021 die Meldefrist endete. Im vergangenen Jahr wurden von der Behörde große Anstrengungen unternommen, um möglichst viele Anspruchsberechtigte zu erreichen. Allein im Juni 2021 gingen

428 Neuanmeldungen bei der Stiftung ein. Von der Anlauf- und Beratungsstelle für MV, die bei der Landesbeauftragten angesiedelt ist, werden insgesamt 2.050 Betroffene betreut. 2022 liegt noch viel Arbeit vor den Beraterinnen und Beratern. Mit 740 Betroffenen müssen bis zum Jahresende noch Gespräche absolviert und für die Biographie die Lebensgeschichten recherchiert werden. Insgesamt sind seit Einrichtung der Anlauf- und Beratungsstelle für MV 2017 bis Jahresende 2021 mit 1.093 Betroffenen Beratungsgespräche geführt worden.

Bis 31.12.2021 haben insgesamt 1.049 Betroffene in Zuständigkeit der Anlauf- und Beratungsstelle für MV Leistungen in einer Gesamthöhe von mehr als 9 Millionen Euro erhalten.

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

## Anpassung der Regelbedarfsstufen für 2022 und Stiftungsleistungen für Hinterbliebene

Die Gewährung von Leistungen nach dem Strafrechtlichen Reha – wie die sogenannte Opferrente – und Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Reha erfolgt nur in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation, d.h. der Bedürftigkeit der Antragsteller. Diese wird geregelt durch bestimmte Einkommensgrenzen. Für die Höhe der Einkommensgrenzen sind sogenannte Regelbedarfsstufen maßgeblich, für oben genannte Gesetze die Regelbedarfsstufe 1. Diese wird grundsätzlich jährlich angepasst und findet ihre Regelung im Sozialgesetzbuch, eben wegen der Bedürftigkeit. Die Anzahl der zugrunde zu legenden Regelbedarfsstufe wurde durch die entsprechenden Reha-Gesetze modifiziert, in deren Ergebnis der Zugang zu oben genannten Leistungen möglich wird.

Dazu einige Hinweise:

Die Höhe der Opferrente beläuft sich seit dem 28.11.2019 auf monatlich bis zu 330 Euro. Diese Höchstsumme verändert sich auch nicht durch die jährliche Anpassung

der Regelbedarfsstufen für ehemalige politische Häftlinge, die insgesamt mindestens eine 90tägige Freiheitsentziehung erlitten haben und in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind. Die Rente wird ausschließlich auf Antrag gewährt und monatlich im Voraus gezahlt, beginnend mit dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monat. Der Anspruch darauf ist unpfändbar, nicht übertragbar und nicht vererbbar. Voraussetzung für diese Leistung ist eine strafrechtliche Reha oder eine Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach § 10 Abs. 4 HHG.

Mit der Anpassung der Regelbedarfsstufe 1 auf 449 Euro für das Jahr 2022 ändert sich auch die Höhe des für die Einkommensgrenze maßgeblichen Grundbetrages. Das heißt, Berechtigte im Sinne des Gesetzes gelten in ihrer wirtschaftlichen Lage als besonders beeinträchtigt, wenn das ermittelte Einkommen die Einkommensgrenzen derzeit bei Alleinstehenden 1347 Euro (dreifache Regelbedarfsstufe) und bei Verheirateten, in Lebenspartnerschaft und ähnlich Lebenden 1796

Euro (vierfache Regelbedarfsstufe) nicht übersteigt. Die Bedürftigkeitsprüfung erstreckt sich ausschließlich auf das Einkommen des Berechtigten und nicht auf das seines Partners. Die Opferrente wird unabhängig von der Höhe rentenrechtlicher Einkünfte gewährt. Übersteigt das zu berücksichtigende Einkommen die maßgebliche Einkommensgrenze über einen geringeren Betrag als 330 Euro, erhält der Berechtigte die Zuwendung in Höhe des Differenzbetrages.

Mit der Anpassung der Regelbedarfsstufe 1 auf 449 Euro ändert sich ebenfalls die Höhe des für die Einkommensgrenzen maßgeblichen Grundbetrages für die Zahlung von monatlichen Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Reha. Berechtigte im Arbeitsprozess erhalten diese Leistungen in Höhe von bis zu 240 Euro, Rentner bis maximal 180 Euro. Die Einkommensgrenze errechnet sich aus einem Grundbetrag, dem noch die tatsächlichen Kosten der Unterkunft (u.a. Miet- und Heizkosten) hinzuzurechnen sind. Der Grundbetrag für den Berechtigten selbst

errechnet sich aus der zweifachen Regelbedarfsstufe 1 in Höhe von 898 Euro, für seinen nicht dauernd getrennt lebenden Partner aus 80 Prozent, also 718,40 Euro. Der Gesamtbetrag für ein Paar beläuft sich somit auf 1616,40 Euro. Übersteigt das Einkommen die maßgebliche Grenze um einen Betrag, der geringer ist als die Höhe der Ausgleichsleistungen, werden Letztere nur in Höhe des Differenzbetrages gewährt. Es gilt das Familieneinkommen.

Die Opferrente ebenso wie die Ausgleichsleistungen bleiben bei der Gewährung anderer einkommensabhängiger Sozialleistungen unberücksichtigt, d.h. sie zählen nicht als Einkommen.

Aus gegebenem Anlass wird noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass über den § 18 des Strafrechtlichen Reha den nächsten Angehörigen von ehemaligen politischen Häftlingen, die nach der Haft im Laufe der Zeit verstorben sind, nach wie vor Unterstützungsleistungen durch die Stiftung in Bonn zustehen. Dabei ist unerheblich, ob die verstorbenen

Angehörigen weniger als 90 Tage inhaftiert bzw. zwischenzeitlich bereits die Opferrente bezogen hatten. Maßgeblich für die Gewährung von Leistungen an den genannten Personenkreis ist allerdings der Nachweis der Bedürftigkeit des Antragstellers. Deshalb sollten die folgenden, von der Stiftung derzeit in Anwendung gebrachten Bemessungsrichtwerte nicht wesentlich überschritten werden. Wer nach Abzug von Miete, einschließlich der Mietnebenkosten bzw. der monatlichen Aufwendungen für eine Eigentumswohnung nicht mehr als 1160 Euro (Nettoeinkommen) zur Verfügung hat, bei Partnern 1580 Euro, gilt in seiner wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt. Mietkosten müssen bis zu einem Betrag von 450 Euro nicht nachgewiesen werden, liegen sie darüber, werden sie nur bis zu einer Höhe von 800 Euro berücksichtigt.

Nähere Informationen über die Geschäftsstelle unter Tel. 030 – 55 15 28 58.

Elke Weise, Juristin  
BSV-Förderverein für Beratungen

## Stiftungshinweis

Der Stiftungsrat der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge hat in seiner Sitzung am 23.09.2021 einen neuen Vorstand gewählt. Corona-bedingt war es die erste Präsenzsitzung seit November 2019 – der vorherige Vorstand hatte die Aufgaben seit April 2020 kommissarisch fortgeführt.

Alle vier Neumitglieder waren bislang im Stiftungsrat aktiv. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Detlev Rein gewählt – bisheriger Vertreter des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat – der in den letzten rund fünfzehn Jahren den Vorsitz im Widerspruchsausschuss der Stiftung innehatte. Ihm zur Seite stehen künftig mit Petra Morawe, Carla Ottmann und Andrea Rugbarth, die ebenfalls über langjährige Erfahrungen im Bereich Rehabilitierungsrecht und SED-Unrecht verfügen.

## Härtefallfonds für politisch Verfolgte um 10 000 Euro aufgestockt

Im Jahr 2022 stellt das Land Brandenburg 60.000 Euro zur Verfügung – Antragstellungen sind ab sofort möglich.

Menschen, die in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) oder in der DDR politisch verfolgt wurden und ihren Wohnsitz in Brandenburg haben, können in wirtschaftlichen Notlagen Unterstützung durch das Land Brandenburg erhalten. Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) berät Interessierte und begleitet die Antragstellung.

60.000 Euro stellt das Land Brandenburg im Jahr 2022 für den Härtefallfonds zur Verfügung, der politisch Verfolgte der SBZ/DDR in wirtschaftlichen Notlagen unterstützt. Damit erhöht das Land den Fonds in diesem Jahr um 10.000 Euro. Brandenburg reagiert damit auf die Ergebnisse der Ende 2020 veröffentlichten Sozialstudie, die auf die prekäre Lage derjenigen verweist, die in der DDR politisch verfolgt wurden oder von Systemunrecht betroffen waren.

Antragsberechtigt sind ehemals politisch Verfolgte


- die ihren Hauptwohnsitz im Land Brandenburg haben
- nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen bzw. dem Häftlingshilfegesetz rehabilitiert wurden und
- die in ihrer wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße beeinträchtigt sind.

Unterstützt werden können insbesondere

- Maßnahmen für selbstbestimmtes Wohnen, bei Umzug in eine behindertengerechte Wohnung oder die alters- und behindertengerechte Ausstattung von Wohnraum
- gesundheitliche Maßnahmen, die nicht von Krankenkassen übernommen werden oder Krankenkassenleistungen, deren Eigenbeteiligung sehr hoch ist, wie beispielsweise für Zahnprothetik oder Hörgeräte
- Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die nicht oder nicht ausreichend gefördert werden, um eine nachhaltige Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen
- Verbesserung der Mobilität mit dem Ziel, die Selbstständigkeit und soziale Teilhabe zu fördern

Im Jahr 2021 konnten ehemals politisch Verfolgte Zuwendungen für ganz unterschiedliche Maßnahmen aus dem Härtefallfonds erhalten. Die LAKD begleitete die Antragstellung. Zum diesjährigen Härtefallfonds sagt Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke: „Die Brandenburger Sozialstudie hat gezeigt, wie wichtig für ehemals politisch Verfolgte nicht nur die Beratung, sondern auch die Verbesserung ihrer Lebenssituation ist. Das ist mir als Aufarbeitungsbeauftragte ein besonderes Anliegen. Die Erhöhung des Härtefallfonds in diesem Jahr ermöglicht es, Betroffene in geeigneter Weise zu unterstützen und Notlagen zu lindern.“

Interessierte können sich während der telefonischen Sprechzeiten oder schriftlich an die LAKD wenden.

Die Richtlinie für den Härtefallfonds und alle Informationen zu Beratung und Antragstellung finden Sie auf unserer Homepage: <https://aufarbeitung.brandenburg.de/beratung/haertefallfonds/> 

# Leben in der Verbannung – Die Kinder des Gulag

Den Nachkommen von Stalins Opfern würde eine Wiedergutmachung zustehen. Doch Russland setzt seine Gesetze nicht um. Der Stacheldrahtzaun wurde wenige Jahre vor der Geburt von Ewgenja Schaschewa um die Siedlung herum entfernt. Auch Wachtürme standen nicht mehr vor der Baracke, wo ihre Eltern während ihrer Jahre in Lagerhaft gewohnt hatten. Die 72-Jährige lebt heute noch immer in der Region Komi, knapp 50 Kilometer Luftlinie nördlich vom Arbeitslager entfernt, wo ihre Eltern einst inhaftiert waren. Denn die Region verlassen, in die sie verbannt worden waren, durften ihre Eltern nicht. Ihr Vater versuchte vergeblich, von den sowjetischen Behörden die Bewilligung zu erhalten, um nach Moskau – seinem Wohnort – zurückzukehren. Und so wuchs Ewgenja in einem Ort auf, der zum Gulag, dem Arbeitslagersystem der Sowjetunion, gehört hatte. Den Kampf des Vaters führt Ewgenja seit zwanzig Jahren durch alle Instanzen fort: „Es ist in erster Linie meine Pflicht im Gedenken an meinen Vater. Hinzu kommt meine eigene Sturheit. Was haben wir denn verbrochen?“

## Geständnisse unter Folter

Der Vater von Ewgenja, Boris Nikolae-witsch Tscheboksarow, hatte nichts verbrochen, als er 1937 verhaftet und zu acht Jahren Verbannung verurteilt wurde. Er war einer von Millionen von Menschen, die in der Sowjetunion unter Diktator Stalin unschuldig für Jahre in Haft kamen. Zeitgleich mit dem Vater wurde auch Ewgenjas Großvater festgenommen. „Wir wussten nicht, dass mein Großvater erschossen wurde. Erst zu Beginn der 2000er-Jahre erfuhr ich dies im Archiv des Innenministeriums in Moskau.“ Beim Lesen der archivierten Befragungsprotokolle der sowjetischen Geheimpolizei verstand Ewgenja, dass man ihren Vater und Großvater gefoltert hatte. Den Vater hatte man unter Folter zu Aussagen gezwungen, die man anschließend als angeblichen Beweis herbeizog, um den Großvater zum Tode zu verurteilen und in einem Vorort von Moskau zu erschießen.

## Gesetz ohne Umsetzung

Bis zum heutigen Tag wurde keiner der Täter von einem Gericht wegen der Verbrechen zu Zeiten des sowjetischen Terrors verurteilt. Unter Boris Jelzin wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Kin-

dern von Opfern das Recht verbürgt, in den Ort zurückzukehren, in dem deren Eltern zum Zeitpunkt ihrer Festnahme lebten. Der Staat verpflichtete sich zudem, den Opfern der Repression eine Wohnung bereitzustellen. Bis heute wird dieses Gesetz jedoch nicht umgesetzt. Die Behörden schieben einander vielmehr gegenseitig die Verantwortung in die Schuhe. Während Jahrzehnten wurde die Repression in der Sowjetunion totgeschwiegen. „Als ich ein Kind war, wurde über dieses Thema nicht gesprochen.“, erzählt Ewgenja beim Gespräch in ihrer Wohnung.

## Die Straße der Knochen

Der Weg ins Lager ist auf den schlechten Straßen für Ewgenja zu weit und mit zu vielen schlimmen Erinnerungen verbunden. „Als Kind bin ich unterwegs auf einem Transportfahrzeug im Winter einmal fast erfroren.“ Die Straße ins Lager wurde von Häftlingen gebaut, die meisten von ihnen waren deutschstämmige Frauen, die bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von Stalin ins Lager geschickt wurden. In der Gegend wird die Straße bis heute „Straße der Knochen“ genannt. In den Wäldern links und rechts von der Straße liegen Häftlinge begraben. Öffentlich ist bis heute nicht bekannt, wer beim Bau der Straße ums Leben gekommen ist und wo die Menschen begraben sind.

Vor der Abzweigung ins ehemalige Lager steht ein Holzkreuz. Aufgestellt erst vor wenigen Jahren für die Opfer politischer Repression. Als Ewgenja ein Kind war, stand hier noch kein Kreuz. Die Erwachsenen wussten dennoch alle Bescheid: „Wir gingen mit dem Vater Pilze im Wald sammeln. Mein Vater ermahnte mich: Auf den kleinen Hügeln wird nicht gehüpft. Ich habe gefragt: warum? Mein Vater sagte mir: «Das sind Gräber.» Ich habe damals nicht gefragt, weshalb hier Leute begraben waren, wo es doch einen ganz anderen Friedhof gab. Die Ermahnung des Vaters habe ich nie vergessen.“

## Ein Wettlauf gegen die Zeit

Mit zwei weiteren Betroffenen gelangte Ewgenja vor zwei Jahren bis vor das höchste Gericht des Landes. Obwohl das Verfassungsgericht zugunsten der klagenden Töchter ehemaliger Lagerhäftlinge

entschied, ist zwei Jahre später die Sache noch immer nicht weiter gekommen. Für Ewgenja und alle anderen Betroffenen ist es ein Wettlauf gegen die Zeit: Sie selbst versteht das so, dass entschieden wurde, dass sich die Frage mit der Zeit von selbst lösen werde. Dies, weil sie Menschen in hohem Alter betreffe und diese wegsterben würden: „Niemand wird mehr Fragen stellen. Gibt es keine Betroffenen mehr, gibt es keine Probleme.“ Zwei Jahre sind vergangen, und es leben gerade noch 1500 Menschen.

## Memorial: Hilfsorganisation für Nachkommen kämpft mit Repression

Erst gegen Ende der Sowjetunion und mit der Bürgerbewegung Memorial wurde dem Schweigen über die Repression ein Ende gesetzt. Die Organisation Memorial sammelte während über 30 Jahren Informationen zu den Opfern des sowjetischen Terrors, um deren Angehörigen eine Möglichkeit zu geben, nach den repressierten Verwandten zu suchen.


Bis heute führt Memorial die einzig frei zugängliche Datenbank zu den Opfern der politischen Repression in der Sowjetunion. Von über 11 Millionen Opfern trug Memorial die Namen von mehr als 3 Millionen zusammen.

Auch Ewgenja und andere Nachfahren von Repressierten haben durch Anwälte von Memorial Unterstützung bei ihrem Kampf durch die Instanzen bekommen. Doch Memorial wurde Ende Dezember in zwei Gerichtsverfahren zwangsaufgelöst. Damit ist auch die Zukunft der juristischen Unterstützung für Ewgenja unklar.

Luzia Tschirky

Quelle: Sendung des Schweizer Fernsehens `10 vor 10` vom 28.12.2021

<https://www.srf.ch/news/international/leben-in-der-verbannung-die-kinder-des-gulag>

Stefan Krikowski, Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta / Gulag Sowjetunion Mitglied in der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)  
Tel.: 030 / 78 71 48 18, E-Mail: smkrikowski@web.de, Web: www.workuta.de 

# Markus Wolf – Der Herr der Spione

Werner Großmann lenkte mehr als 1500 Informanten in der Bundesrepublik. Jetzt ist der letzte Spionagechef der DDR gestorben. Bekannt wurde er vor allem durch die öffentliche Beschönigung der SED-Verbrechen.

„Kundschafter des Friedens“ – so nannte die DDR ihre zahlreichen Informanten in der alten Bundesrepublik. Sie saßen in Parteien, Ministerien, Protestbewegungen und sogar in den Kirchen. Etwa die Hälfte von ihnen gehörte zum Apparat der Hauptverwaltung A (HVA), der Spionageabteilung des Staatssicherheitsdienstes. Herr dieser größten Dienstleistung der Stasi war jahrzehntelang Markus Wolf – bis dieser sich 1986 überraschend zurückzog und die Leitung an Werner Großmann übergab.

Mit seinem schillernden Vorgänger hatte der letzte Spionagechef der DDR indes nur wenig gemein: Nicht in Moskau hatte er seine Kindheit verbracht, sondern in dem sächsischen Nest Oberebenheit. Sein Vater war auch kein berühmter jüdisch-kommunistischer Schriftsteller, sondern einfacher Zimmermann. Und statt intellektuellem Charme besaß Werner Großmann die spröde Ausstrahlung eines Apparatschiks.

Großmanns Werdegang war gleichwohl typisch für viele hohe DDR-Funktionäre. Geboren 1929, kämpfte er als 16-Jähriger in Hitlers Volkssturm. Ohne Schulabschluss machte er nach Kriegsende eine Maurerlehre.

Die SED, die das Bürgertum durch loyalere Kader ersetzen wollte, ließ ihn das Abitur nachmachen und an der Technischen Hochschule in Dresden ein Studium beginnen. Mit 22 Jahren rekrutierte ihn dort der neu gegründete DDR-Staatssicherheitsdienst.

## Nachfolger von Markus Wolf

Wie viele spätere Stasi-Generäle erlebte Großmann im Ministerium für Staatssicherheit einen rasanten Aufstieg. Mit 27 Jahren wurde er Vizechef der DDR-Militärspionage, mit 33 Abteilungsleiter. Nach dem Besuch der Parteihochschule in Moskau Mitte der 1960er Jahre und einem eher formalen Fernstudium an der Stasi-Hochschule schien er auch für höhere Würden geeignet: 1975 wurde er Wolfs Stellvertreter und elf Jahre später sein Nachfolger.

Zwar gehörte Großmann nun zum erlauchten Kreis der Mielke-Stellvertreter, doch glänzen konnte er nicht mehr in seinem Amt. Die spektakulären Erfolge der DDR-Spionage fielen durchweg in die Zeit seines Vorgängers, der wichtige Agenten wie den FDP-Politiker William Borm auch gerne mal selber traf. Ob Klaus Kuron im Bundesamt für Verfassungsschutz, ob Gabriele Gast im Bundesnachrichtendienst, ob Rainer Rupp im NATO-Hauptquartier – sie alle waren schon sehr viel früher zur Stasi gestoßen. Großmann konnte sich lediglich zugutehalten, bei der HVA ein „EDV-Gesamtsystem“ eingeführt zu haben.

Drei Jahre später kam dann der unerwartete Absturz. Trotz seiner über 13.000 DDR-Informanten und mehr als 1500 westdeutschen Agenten hatte Großmann die Friedliche Revolution im Herbst 1989 nicht vorhergesehen. Dabei hatte er in seiner letzten Planorientierung noch versprochen, „alle politisch-operativen Maßnahmen auf den Schutz unserer Republik und der sozialistischen Staatengemeinschaft zu konzentrieren.“

Das 1999 erstmals veröffentlichte Dokument gibt einen Einblick in das Ausmaß der Infiltration der Bundesrepublik. Es liest sich, als hätte eine unsichtbare Hand kontinuierlich in die westdeutsche Politik eingegriffen. Die „Rechtskräfte“, so heißt es zum Beispiel, seien „auf der Grundlage geeigneter Informationen zu kompromittieren und politisch zu isolieren.“ Bestrebungen einzelner SPD-Politiker, den Dialog mit der SED zur „Inspirierung feindlicher Kräfte in der DDR zu missbrauchen“, seien zu bekämpfen. Bei den Grünen seien „sozialismusfeindliche, subversiv wirkende Kräfte zurückzudrängen“. Das Papier widerlegt nicht zuletzt Großmanns spätere Behauptung, die HVA hätte mit der inneren Repression in der DDR nichts zu tun gehabt.

Im März 1990 musste Großmann, der gerade erst zum Generaloberst befördert worden und mittlerweile 61 Jahre alt war, den Dienst quittieren. Auf Druck der Bevölkerung wurde die Stasi ersatzlos aufgelöst. Die Hoffnungen der HVA, in einer reformierten DDR weiterarbeiten zu können, erfüllten sich dadurch nicht. Sie konnte dem Runden Tisch lediglich die Zustimmung abringen, dass sie sich selber liquidieren durfte – was sie dazu nutzte, den Großteil ihrer Akten zu vernichten.

Was Großmanns Meinung nach „allen Beteiligten zur Ehre“ gereichte, führte später zu dem Eindruck, nur Ostdeutsche hätten sich zu Spitzeldiensten bereitgefunden.

## Keine Strafverfolgung

Wer für eine fremde Macht „eine Tätigkeit ausübt, die auf die Erlangung oder Mitteilung von Staatsgeheimnissen gerichtet ist“, wird in der Bundesrepublik mit Freiheitsstrafe bis zu fünf, in schweren Fällen bis zu zehn Jahren bestraft. Am Tag, als die DDR der Bundesrepublik beitrug, wurde Großmann deshalb verhaftet. Doch die „Klassenjustiz“ erwies sich als gnädig und ließ ihn bereits am nächsten Tag wieder frei. Das Ermittlungsverfahren wegen Spionage, Urkundenfälschung und Bestechung wurde eingestellt, nachdem das Bundesverfassungsgericht 1995 entschieden hatte, dass sich Stasi-Offiziere nicht strafbar gemacht hätten. Großmanns frühere Bemühungen, mit dem damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble eine Amnestie auszuhandeln, erübrigten sich damit.

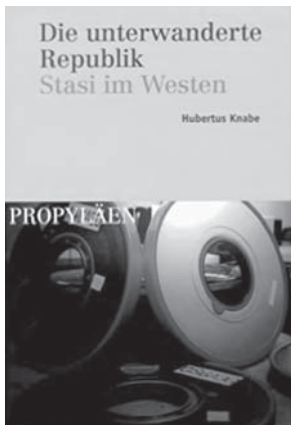


Erich Honecker überreicht Werner Großmann im Gebäude des Zentralkomitees der SED 1985 eine Auszeichnung.

Doch statt Dankbarkeit zu zeigen, verschrieb sich Großmann dem Kampf gegen Kritiker der DDR-Geheimpolizei. In seinem Buch „Bonn im Blick“ rühmte er die Spitzelarbeit seines Dienstes. In Vereinen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter fungierte er als graue Eminenz. Zu einer Sammlung mit Erinnerungen von DDR-Spionen steuerte er zusammen mit seinem Vorgänger ein Vorwort bei, in dem beide bekräftigten, dass „unsere Hochachtung und unsere Dankbarkeit uneingeschränkt allen früheren Kundschaftern“ gehören.

Von sich reden machte Großmann in dieser Zeit vor allem durch Auftritte bei der Linkspartei. Diese lud ihn mehrfach zu Lesungen und Gesprächen ein – was damals noch zu Protesten führte. Die





Leseempfehlung: Hubertus Knabe, Die Unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999.

Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch, in deren Wahlbezirk sich die ehemalige Stasi-Zentrale befindet, verteidigte eine Einladung Großmanns damit, dass „sich die Linke eine neue Sachlichkeit im Umgang mit der DDR-Geschichte“ wünsche. Der Grünen-Politiker Wolfgang Wieland bezeichnete sie deshalb als „Heilige Johanna der Alt-Tschechisten“, während diese ihr zuverlässig zu einem Direktmandat im Bundestag verhalfen, auch bei den letzten Wahlen.

Zuletzt lebte Großmann zurückgezogen in einem Seniorenheim in Berlin-Hohenschönhausen. Am 28. Januar ist er im Alter von 92 Jahren gestorben. Als sein Vorgänger 2006 zu Grabe getragen wurde, war die gesammelte Linken-Prominenz – von Dietmar Bartsch über Klaus Lederer und Petra Pau bis Klaus Ernst – zur Trauerfeier erschienen. Man darf gespannt sein, wer Werner Großmann die letzte Ehre erweisen wird.

Mit freundlicher Genehmigung des Autors. Mehr Texte von Hubertus Knabe unter: <https://hubertus-knabe.de/werner-grossmann-ist-tot/>.

Wie zuletzt im Stacheldraht 1/22 berichtet, fordert auch der Vorsitzende der UOKG, Dieter Dombriski, die Stasi-Aufarbeitung im Westen. Er kritisierte gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, dass Mitarbeiter der Staatssicherheit im Westen nahezu unbehelligt geblieben seien, obwohl die Tätigkeit für einen ausländischen Geheimdienst für Westdeutsche strafbar gewesen war. „Es sei an der Zeit, dass sich Politik und Wissenschaften diesem Thema zuwenden“, kommentierte Christian Sachse von der UOKG.

## Präzedenz-Entscheidung des Verfassungsgerichts der Tschechischen Republik

Die Plattform für das Gedächtnis und Gewissen Europas dankt dem Verfassungsgericht der Tschechischen Republik für die Präzedenz-Entscheidung und die Wiedereröffnung des Wegs zur Gerechtigkeit für die Opfer der kommunistischen Machthaber Lubomír Štrougal und Vratislav Vajnar

Prag, den 3. Dezember 2021. Die Plattform für das Gedenken und Gewissen Europas (Platform of European Memory and Conscience) begrüßt die heutige Präzedenz-Entscheidung des Verfassungsgerichts der Tschechischen Republik, wonach das Amt für die Ermittlung der kommunistischen Verbrechen ein Gutachten über den Gesundheitszustand der beschuldigten ehemaligen kommunistischen Machthaber nicht an einen Experten vergeben darf, welcher das kommunistische Regime unter Eid verteidigt hatte. Aufgrund dieses sichtbar befangenen Gutachtens stellte die Bezirksstaatsanwaltschaft Prag 1 die strafrechtliche Verfolgung von L. Štrougal und V. Vajnar wegen der Tötung von Flüchtlingen an den Grenzen der ČSSR ein. Obwohl sie von der Plattform die Beweismaterialien aus dem Archiv erhalten hatte, akzeptierte auch die Staatsanwaltschaft der Stadt Prag das Gutachten. Nun muss sie den Fall neu aufrollen.

Die Strafverfolgung von Lubomír Štrougal, Vratislav Vajnar und weiteren Tätern wegen der Tötung von Zivilisten an den Staatsgrenzen der ČSSR wurde aufgenommen anhand von Strafanzeigen, welche die Plattform für das Gedenken und Ge-


wissen Europas im Jahr 2016 in Deutschland und im Jahr 2017 in der Tschechischen Republik gestellt hat.

Im November 2019 begrüßte die Plattform die Beschuldigung der drei ranghöchstgestellten Täter, welche für die Tötung von Zivilisten an dem Eisernen Vorhang in der Tschechoslowakei verantwortlich waren – des letzten Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei KSČ Milouš Jakeš (1922–2020), des letzten Ministerpräsidenten der ČSSR Lubomír Štrougal (geb. 1924) und eines der letzten Innenminister Vratislav Vajnar (geb. 1930). Im September 2020 gab jedoch die Bezirksstaatsanwaltschaft Prag 1 bekannt, dass sie die Strafverfolgung der Herren Štrougal und Vajnar (Milouš Jakeš war im Juli 2020 verstorben) einstellt, und zwar aufgrund eines medizinischen Gutachtens, welches vom Amt für die Dokumentierung und Ermittlung der Verbrechen des Kommunismus der Polizei der ČR in Auftrag gegeben wurde. Zwei militärärztliche Experten kamen darin zum Schluss, dass die Beschuldigten nicht an einer gerichtlichen Verhandlung teilnehmen können, weil sie sie nicht verstehen würden (siehe Pressemitteilung der PEMC vom 24.9.2020).

Die Plattform für das Gedenken und Gewissen Europas fand jedoch heraus, dass mindestens einer der beiden Gutachter stark befangen war. Er war Mitglied der KSČ und in den 1980er Jahren diente er als Militärarzt bei der Luftabwehr der ČSSR (siehe Pressemitteilung der PEMC vom

16.11.2020). Die Plattform benachrichtigte darüber den Obersten Staatsanwalt der Tschechischen Republik und übermittelte Anfang Dezember 2020 die gefundenen Archivunterlagen dem Staatsanwalt der Stadt Prag, Herrn Martin Erazim. Dieser bestätigte, dass die Materialien als Unterlagen bei der Entscheidungsfindung benutzt würden.

Aufgrund einer Verfassungsbeschwerde des Rechtsbeistands der Opfer, JUDr. Lubomír Müller, hob nun das Verfassungsgericht die Entscheidung der Prager Staatsanwaltschaft auf und diese muss den Fall neu bearbeiten.

„Wir danken dem Verfassungsgericht, eine Tatsache ausgesprochen zu haben, welche auch einem Schulkind klar sein muss, und dass es die Tür zur Gerechtigkeit für die Opfer wiedergeöffnet hat, welche bereits 32 Jahre lang seit dem Fall des Kommunismus warten. Beide beschuldigten Über-Neunzigjährigen haben ein weiteres Jahr gewonnen. Es ist eine schwer zu glaubende, traurige Wahrheit, dass das Amt selbst, welches die Verbrechen des Kommunismus ermitteln soll, die kommunistischen Täter beschützt, und dass es darin unterstützt wird von der Bezirks- und der städtischen Staatsanwaltschaft, wo in dem Fall Menschen entscheiden, welche ihre juristische Ausbildung erst nach dem Fall der Diktatur absolviert haben,“ kommentiert Dr. Neela Winkelmann, ehemalige geschäftsführende Direktorin der Plattform, heute Managerin des Plattformprojekts JUSTICE 2.0. 



# Die Stadt Oranienburg ist sich ihrer doppelten Geschichte bewusst – Kommentar

Da ist also ein Streit entbrannt, ob Giesela Gneist, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande, von der russischen Generalstaatsanwaltschaft in einem Einzelverfahren rehabilitierte Insassin eines Speziallagers und langjährige Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V.“, würdig ist, einer kleinen Straße in einem abseitigen Neubaugebiet in Oranienburg ihren Namen zu geben.

Die Stadtverordnetenversammlung von Oranienburg hatte bereits vor Jahren nach Prüfung der Biografie von Giesela Gneist mit großer Mehrheit zugestimmt, die Straße nach ihr zu benennen. Entscheidungsvorgabe war: Die Straßen des Neubaugebietes sollten nach mehreren Frauen benannt werden, die für die Geschichte der Stadt stehen. Die Vorschläge waren breit gestreut und von Toleranz getragen.

Als erste Frau wurde die ehemalige Stadtverordnete der Stadt Oranienburg, Ida Ihle, ausgewählt. Sie gehörte zu Zeiten der Weimarer Republik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) an. Ihre Partei vertrat im 1. Weltkrieg eine pazifistische Politik und konnte zunächst einige Wahlerfolge aufweisen. Wegen permanenter Abspaltungen und innerer Streitereien sank sie zu einer Splitterpartei herab. Ein Teil der Mitglieder wanderte in den 1918 gegründeten militanten Spartakus-Bund ab, Vorgängerorganisation der am 1. Januar 1919 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Über das Leben von Ida Ihle und ihres Ehemanns Richard Ihle während der NS- und DDR-Zeit ist nichts bekannt.

Für die nächste Straße steht Marie Bieber Pate, in der Weimarer Republik Stadtverordnete der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Ihre Partei war bis 1932 an allen Kabinetten der Reichsregierung von rechts bis links beteiligt. 1930 vereinigte die DDP sich mit Teilen des antisemitischen Jungdeutschen Orden und nannte sich Deutsche Staatspartei. Über Marie Bieber ist weder ihr Geburts- noch Todesdatum bekannt. Es heißt, sie sei Lehrerin gewesen.

Die dritte Frau in der Auswahl war schließlich Elise Zorn, die für die Mehr-

heitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) zu Weimarer Zeiten in der Stadtverordnetenversammlung saß. Auch über sie ist nicht mehr bekannt als ihre Wahl als Stadtverordnete.

Nicht ganz in diese Reihe passt der Straßename für Hildegard Busse, von 1974 bis 1989 Bürgermeisterin von Oranienburg. Man kann zwar vermuten, dass eine gewisse zustimmende Grundhaltung zur SED-Diktatur ihre damalige Tätigkeit mitbestimmt hat. Doch warum nicht? Hildegard Busse war politisch vernünftiger als manch heutiger Eiferer. Ihre späteren Kontakte zu zwei Abgeordneten der 1964 in den alten Bundesländern gegründeten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) erklärte sie 2014 mit folgenden Worten: „Man muss sich mit ihnen auseinandersetzen, schließlich wurden sie gewählt und sind nicht verboten.“ Dass sie für solche Äußerungen selbst als „Nazi“ beschimpft wurde, nahm sie in Kauf (Redeaktionsnetzwerk Deutschland, 30. Juli 2014).

Über die weiteren beiden Frauen verbietet sich angesichts ihrer Biografien als Opfer eine Fortführung des lockeren Tons: Galina Romanowa war während der NS-Zeit Mitglied der „Europäischen Union“, jener Widerstandsgruppe, der auch Robert Havemann angehört hatte. Romanowa wurde zusammen mit 14 weiteren Mitgliedern zum Tode verurteilt. Havemann überlebte sie. Rosa Broghammers Leben und Tod sind ähnlich würdig der Erinnerung: Sie hatte einen Sohn zusammen mit einem Franzosen. Nach Lagerhaft und überlebten NS-Todesmärschen verstarb sie kurz nach dem Ende des Krieges im Jahr 1945.

Im Weiteren wurde Giesela Gneist ausgewählt. Sie wurde als Sechzehnjährige am 30. Dezember 1945 unter dem Verdacht, der so genannten faschistischen Sabotagetruppe Werwolf anzugehören, verhaftet und war von 1946 bis 1950 im Speziallager Sachsenhausen inhaftiert. Über ihre Biographie – und nur über sie – gab die mit der Benennung der Straßennamen gar nicht amtlich befasste Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit Sitz in Oranienburg ein Gutachten in Auftrag, um die Straßenbenennung zu verhindern. Nun, wenn es der Wahrheitsfindung dient. Außer Mutmaßungen über

mögliche „rechte Kontakte“ konnten die Gutachter (Hermann Wentker und Frank Bajohr) nichts berichten. So spielte das Gutachten auch in der abschließenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2022 auch keine Rolle mehr. Es bleibt dabei: Giesela Gneist wird mit einer Straßenbenennung geehrt. Die Stadt Oranienburg ist aufgewacht und wird sich zunehmend ihrer doppelten Geschichte zuwenden.

Fazit: Die Namen der Frauen stehen für eine kompetente, von gegenseitigem Verständnis getragene Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung. Daraus könnte man sechs Schulprojekte machen, bei denen die Schülerinnen und Schüler viel über ihre Stadt lernen können. Sie werden dabei vielleicht erfahren, dass es im Leben von Hildegard Busse oder von Marie Bieber ebenso wie bei Giesela Gneist den einen oder anderen dunklen Punkt gibt. Die Oranienburger Stadtmütter und -väter haben offensichtlich keine Galerie der Heiligen beabsichtigt. Und das ist gut so.

(Zum Weiterlesen: <https://www.uokg.de/2021/12/streit-um-strassennamen-2-2/>)

Christian Sachse

## Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Butzbacher Zeitung ...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter [uokg-wochenrueckblick@gmx.de](mailto:uokg-wochenrueckblick@gmx.de).

# Gedenntag 31.01.2022 – Die medial verschwiegenen über 120.000 deutschen Nachkriegsopfer

Laut Angaben der sowjetischen Regierung unmittelbar nach dem Fall der Mauer wurden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bis in die DDR-Zeit hinein in den Jahren 1945 bis 1950 122.671 Deutsche gefangen gehalten (Dr. Werner Teltow: „Der Pelzmützen-transport“). Davon sind 42.889 verstorben und 19.450 wurden als Zwangsarbeiter in die Sowjetunion deportiert.

Stellvertretend für alle Transporte sei hier der 31.01.1947 genannt. An diesem Tag vor 75 Jahren startete vom sowj. Speziallager Nr. 5 Ketschendorf (Fürstenwalde Süd) ein Güterzug ins sibirische GULAG-Arbeitslager Prokopjewsk bei Nowosibirsk (Holzindustrie/Bergbau). Dipl.- Bauing. Wolfgang Lehmann, heute 92jährig im Odenwald lebend, schilderte den 5-wöchigen Transport. Er war zusammen in einem Waggon mit meinem Vater Hermann Koebe – ohne zu wissen, wohin. Erst nach dem Mauerfall durfte er berichten. Sogar, dass Kinder, Mädchen und Frauen in Ketschendorf inhaftiert wurden. Hier nur wenige zusammengefasste Einblicke in die Erlebnisse von Wolfgang Lehmann.

## „Was nicht im Geschichtsbuch steht“

Am 31.01.1947 fuhren wir von Fürstenwalde ab. Es war ein besonders kalter Wintertag. Ca. 50 Gefangene waren in einem Waggon eingepfercht. Nur an den Stirnwänden waren Pritschen vorhanden. Die meisten mussten mit angezogenen Beinen auf dem Boden sitzen, da der Platz zum Ausstrecken nicht ausreichte. Im Waggon gab es eine von außen verriegelbare Schiebetür und eine kleine Luke, die allerdings zugesperrt war. Ob es hell oder dunkel war, konnten wir nur durch die Bretterritzen der Wände erkennen. An

einer Stelle gab es eine Öffnung mit der Pinkelrinne. In der Mitte des Waggons stand noch ein offener Kübel für's große Geschäft. Da die Schiebetür verschlossen war, konnte dieser nur bei den seltenen Stopps geleert werden.

Es gab nur Trockenbrot, walnussgroße harte Brocken, und etwas Zucker. Manchmal Salzheringe, die den Durst nur vergrößerten. Nur selten erhielten wir warmen Tee. Nach der Ankunft in Sibirien am 06. März 1947 wurden wir in Erdbaracken gebracht, die nun jahrelang unsere Unterkunft waren. Sie bestanden aus halbierten Baumstämmen. Die 1,6 m hohen Wände waren außen gänzlich mit Erdreich gefüllt. Fenster gab es keine. Tag und Nacht brannten Glühlampen, die vom First an Kabeln hingen. Auch in Sibirien war der Winter 1946/47 besonders streng. Ich erinnere mich an minus 42 Grad.

Trotz allem war die Todesrate in Sibirien geringer als im Speziallager Ketschendorf, wo im Sommer 1946 bei etwa 12.000 Lagerinsassen täglich bis zu 50 starben. Innerhalb des 2jährigen Bestehens des Lagers Ketschendorf - es war das schlimmste unter den 11 Speziallagern – starben 4620 Insassen, würdelos nackt verscharrt in Massengräbern in einem Wäldchen an der Autobahn Berlin–Frankfurt/Oder. („Initiativgruppe Speziallager Nr. 5“, Geschäftsstelle Stadtmuseum Fürstenwalde). Ich hatte das Glück, am 04. April 1950 die Heimreise antreten zu dürfen. Diesmal waren die Waggontüren nicht verschlossen. Viele andere mussten noch bis 1952 ausharren.

## Hintergründe dieser Tragödie

Dr. Klaus-Peter Krause (ehemals langjährig verantwortlicher Redakteur für den Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ schrieb 2018: „Daher in der SBZ gab es die berüchtigten „Todeslager“. In ihnen wurden die Opfer unter meist willkürlichen, politisch motivierten Beschuldigungen interniert (Anmerkung: vorher in den Kellern der sowj. Geheimpolizei GPU psychisch und physisch gequält). Sie gelten als besonders schwer getroffene Opfer personenbezogener Verfolgung. [...] Es waren selbständige Gewerbetreibende, Hand-

werker, Industrielle, größere Landwirte, darunter auch adlige Gutsherren. [...] Als Unternehmer, Mittelständler oder Industrieller (Anmerkung: Vater und Sohn Hermann Koebe, Feuerwärfabrik Luckenwalde, gegr. 1878, gehörten dazu) standen sie alle der kommunistischen Ideenlehre politisch im Weg. Um sich ihrer flächendeckend zu entledigen, beschuldigte man sie pauschal, „Kriegsverbrecher und Nazi-Aktivisten“ zu sein. Deutschland verweigert bis heute Einzelfallprüfungen.“

Sie wurden - falls nicht rechtzeitig geflüchtet - vertrieben, inhaftiert, verschleppt, umgebracht, ihres Vermögens und sogar fast sämtlicher persönlicher Habe beraubt. Die Bundesrepublik Deutschland lehnt durchweg Rehabilitierungen ab, um das staatliche Raubgut nicht zurückgeben zu müssen.

In der SBZ wurde nach 1945 durch die Kommunisten das Eigentum der Inhaftierten konfisziert. Die wirkliche, endgültige und entschädigungslose Enteignung fand erst nach dem Mauerfall durch staatlichen Lug und Trug statt. Damit verlor der deutsche Rechtsstaat seine Makellosigkeit.

Auf die zugehörige 45minütige SWR-Fernseh-Doku „Enteignet für die Einheit?“ wird verwiesen. Gesendet auch von ARD, Phoenix und 3Sat.

Der 29seitige Zeitzeugenbericht kann kostenlos angefordert werden unter [dr.koebe@gmx.de](mailto:dr.koebe@gmx.de)

Dr. Hermann Koebe

## Stellenangebot

Bei der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle einer Bildungsreferentin/ eines Bildungsreferenten im Rahmen einer Vollbeschäftigung zu besetzen. Bewerbungen richten Sie bitte an Frau Zumdick ([zumdick@uokg.de](mailto:zumdick@uokg.de)). Sie steht Ihnen auch für Rückfragen unter Tel. 030 - 55 77 96 20 zur Verfügung.

## Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresßes“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30

# Diskussion und Kritik an der zukünftigen Ausgestaltung der Gedenkstätte Hoheneck

Die jüngste Reportage des MDR am 16. Februar in der Sendung „Exakt“ zu den Baumaßnahmen einer Gedenkstätte in Hoheneck gibt Anlass zum schnellen Handeln. Das, was die Stadt Stollberg mit dem Gelände des ehemaligen Gefängnisses vorhat, stößt auf heftige Kritik. Bund und Freistaat finanzieren die Sanierung mit über 20 Millionen Euro. Muss nicht ab und zu der Schirmherr oder der Denkmalschutz mal ein Auge darauf werfen, wie das Geld verbaut wird?

Historiker und Opfer berieten seit 2020 in einem Fachbeirat die Stadt Stollberg. Es entsteht der Eindruck, dass nicht mit der nötigen Würde umgegangen wird und die Authentizität des Ortes verloren geht. Ein Fachbeirat kritisierte mehrfach die Ideen der Stadt. Die Einwände wurden ignoriert, dieser Konflikt führte zum Rücktritt des gesamten Fachbeirates.

Die Gedenkstätte sollte nicht komplett erneuert werden, sondern man muss versuchen, den Zustand, den das Gefängnis hatte, den Besuchern heute noch zeigen zu können. Dazu ist es fast zu spät. Das Museum sollte viele originale Exponate aus der DDR-Zeit präsentieren, sie sollen für sich selbst sprechen. Um die DDR nicht in ein zu positives Licht zu setzen, muss auf Kletterwand, Schaukeln und rosa Wandanstrich verzichtet werden.

Richtig ist: Ein Museum, eine Ausstellung lebt von ihren Exponaten. Sie sind das Tor zur Vergangenheit, sie erzählen Geschichten. Doch Exponate aus der Zeit einer Diktatur sind häufig problematisch, vor allem wenn sie nur zeigen, was wir sehen sollen. Es muss eine original viel zu überbelegte eingerichtete Zelle zu besichtigen sein, damit der Haftalltag nachzuvollziehen ist. Es muss sichtlich vermittelt werden, wie die ehemaligen Politischen ihre Würde verloren. Die Arbeitsplätze der volkseigenen Betriebe wie Esda, Elmo, Planet oder das sogenannte „Lumpenkommando“ müssen dem Besucher, so grausam wie sie waren, nahegebracht werden. Dort wurde Zwangsarbeit verrichtet.

Die Dunkelzellen, die Wasserzelle und die Arrestzellen im Keller müssen erhalten bleiben und besichtigt werden können. Das große blaue Schwenktor am Eingang, die Schleuse, der Innenhof, die

Außenmauern mit den Scherben und dem Stacheldraht, die Sperrzone für die scharfen Hunde, die riesigen Schlüsselbunde, der alte Steinfußboden, die Duschräume, wo die Wasserzufuhr nur von außen möglich war, die Spione, die Arbeitskleidung und die Kleidung der Wärterinnen müssen zu sehen sein.

Wenn ein Oberbürgermeister davon spricht, dass er den Frauen etwas zu essen geben möchte, dann sollte dokumentiert werden, wie eine „Klitschtorte“ entstand oder wie „Brotwein“ angesetzt wurde. Für mich als Betroffene war es eine Zumutung, als Marcel Schmid als frischgebackener Vater davon sprach, dass in Hoheneck Kinderlachen ertönen soll. Gerade unter Kindesentzug litten unzählige politisch inhaftierte Frauen. Diese Gedenkstätte soll ruhig ein lebendiger Lern- und Kulturort werden, aber kein Freizeitpark.

Moderne Ausstellungskonzepte werden ja nicht ausgeschlossen. Fotos in den Archiven und die Erinnerungen daran sind noch heute lebendig. Das Foto stellt genau nicht die Geschichte dar, sondern es deutet selbst die Geschichte. Werden die Opfer nicht erwähnt, werden das Leid und der Verlust der vielen Menschen erneut mit Schweigen übergangen, bleibt das im Museum gezeigte Bild der DDR

unvollständig und somit falsch. Und am Ende triumphiert dann doch die SED-Propaganda. Mehr als 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution kann und muss nun endlich die ganze Geschichte der menschenrechtsverletzenden SED-Politik erzählt werden, das Schweigen über sie endlich gebrochen und ihr Schicksal ins Licht gerückt werden.

Diese Gedenkstätte soll von großer Bedeutung sein, damit nie vergessen wird, welches Unrecht und welche Gewalt im Gefängnis Hoheneck an Menschen begangen wurde. Hat nicht die grausame Bedeutung des Ortes Vorrang? Der Termin der Eröffnung der Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck wird immer weiter nach hinten verschoben, man muss bedenken, wie alt die Frauen in zwischen sind. Vielen wird es gar nicht mehr möglich sein, diese Gedenkstätte zu besuchen.

Wir müssen über die DDR reden, streiten, uns mit unserer Vergangenheit kritisch auseinandersetzen, und wir müssen ihre dunklen, viel zu lange verschwiegenen und verdrängten Kapitel ausleuchten. Nur wenn wir wissen, woher wir kommen, können wir heute einen richtigen Weg finden.

Elke Schlegel, Regionalbeauftragte der UOKG für Rheinland-Pfalz



Gedenkstein Frauengefängnis Hoheneck

## Von begrenzter Sichtweise zur begrenzten Souveränität

Obwohl die von Karl Marx begründete Ideologie des Sozialismus-Kommunismus behauptet, internationalistisch zu sein, ist sie in Wirklichkeit nationalistisch und rassistisch, wie man in den späteren Diktaturen dieser Denkungsart deutlich erkennen kann. Schon Lenin schuf ab 1917 einen zentralistischen Staat, der unter Vorherrschaft der Russen ähnlich autoritär herrschte wie vorher die Zaren, die er allerdings mit seinem Gulag-System an Terror weit übertraf.

Aus der Bolschewiki entstand die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die sich mit der Tschecha sofort ein Machtinstrument schuf, um die Menschen im neuen Völkergefängnis der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) zu beherrschen, zu inhaftieren und zu ermorden. Zwangsweise wurde die russische Sprache eingeführt, selbst dort, wo bis dahin kyrillische Buchstaben fast unbekannt waren. Seit dem Staatsstreich Lenins 1917, der bis heute weitgehend in Große sozialistische Oktoberrevolution verfälscht wird, bis zum Untergang des Sowjetstaates 1991, gab es nie freie Wahlen, und der Begriff Selbstbestimmung existierte in der Politik der Nomenklatura nur für andere Länder.

Während auf Parteitag der Kolonialismus in Afrika gegeißelt wurde, wurde in den baltischen Republiken mit ähnlicher Brutalität eine „Russifizierung“ durchgesetzt, die jede nationale Identität der Menschen dort zerstören sollte. Durch den Sieg der Alliierten und der Stalin-Diktatur über die Hitler-Diktatur im zweiten Weltkrieg, gelang es Stalin, einen politischen „Cordon Sanitaire“ um die UdSSR

zu schaffen. 1948 konnte er auch die bürgerlich-demokratische Tschechoslowakei seinem Einflussbereich zufügen, da die Sozialdemokraten die kommunistische Regierung von Klement Gottwald beim Putsch unterstützten. In Korea versuchte Stalin, zusätzlich sein System auf das ganze Land auszudehnen, was zu einem langjährigen Krieg führte.

Obwohl es in Polen, Ungarn und auch in der DDR Aufstände gegen die sozialistische Diktatur gab, konnten diese Staaten durch den Einsatz sowjetischer Machtmittel bis hin zu Panzern im Ostblock festgehalten werden. Vor allem auch deshalb, weil die ehemaligen Alliierten im Westen akzeptierten, dass dort eine „begrenzte Souveränität sozialistischer Länder“ existierte, wie es ganz offen der sowjetische Parteichef Breshnew nach der militärischen Besetzung der Tschechoslowakei 1968 aussprach.

1980 erweiterten die Kreml-Nomenklaturkader den Begriff um die „internationalistische Hilfe“, als sie ihren Machtbereich durch den Krieg gegen Afghanistan noch mehr ausdehnen wollten. In den Schubladen der Sowjetarmee und der NVA lagen da schon Pläne für militärische Angriffe gegen Berlin-West und die Bundesrepublik Deutschland, die nach 1989 entdeckt wurden. Konsequenterweise verstärkte die NATO ihre Verteidigungsanstrengungen, es kam zum „Doppelbeschluss“, der vor allem von Grünen und SPD massiv bekämpft wurde, und die durch von der SED finanzierte Vorfeldorganisationen ideologische Unterstützung erhielten.

Während SPD-Politiker der SED „Friedensfähigkeit“ bescheinigten, starben an Mauer und innerdeutscher Grenze Menschen durch Minen und Kugeln der militärischen Machtorgane der SED. Das Thema „Selbstbestimmung der Menschen in der DDR“ kam damals ebensowenig in den Verhandlungen zwischen SPD und SED vor wie heute beim Thema Ukraine. Der KPdSU-Nomenklaturkader Putin, der auch durch die sozialistischen Geheimdienste indoktriniert und geprägt wurde, kennt die DDR, wo er als Verbindungsoffizier

zum MfS tätig war, sicher hat er sich nie vorstellen können, dass Menschen dort „Selbstbestimmung“ fordern könnten, denn für ihn gilt: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“. Die Revolution in der DDR, sowie der folgende Zerfall „seiner Sowjetunion“ waren traumatisch für ihn. Als seine Lebensaufgabe sieht er die Wiedererrichtung des UdSSR, allerdings ohne die Zustimmung der betroffenen Völker.

Putin übernimmt die „begrenzte Souveränität“ der Nachbarländer, und auch dabei bekommt er erneut Unterstützung von Teilen der SPD, die ihn unkritisch unterstützen oder den Diktator sogar als „lupenreinen Demokraten“ hochjubeln. Obwohl 1994 im Budapester Memorandum der Ukraine vertraglich die Unverletzlichkeit der Grenzen auch durch Russland zugesichert wurde, verschweigen das „Putin-Versteher“ in Deutschland weitgehend.

Obwohl die Statuten der NATO jedem Land erlauben, einen Mitgliedsantrag zu stellen, wird dies nun vom Kreml infrage gestellt. Selbst Schweden und Finnland dürfen, nach Putins Lesart, nicht in die NATO eintreten. Nun könnte man erwarten, dass nach der Revolution von 1989, die auch die Besatzungszeit der UdSSR-Armee in der DDR 1994 beendete, eine breite Solidarisierung mit der von Diktator Putin bedrohten demokratischen Ukraine in Deutschland erfolgt, doch das ist weitgehend ein Irrtum. Der neue Bundeskanzler duckt sich weg, vermeidet jedes klare Wort zu Nordstream 2, bei dem auch ein ehemaliger Stasi-Offizier im Hintergrund die Fäden zieht, und Waffenlieferungen lehnt er sowieso ab.

Dabei vermisst man diese Konsequenz, wenn es um die Lieferung militärischer Güter an die islamische Diktatur von Ägypten geht, die trotz unklarer Sicherheitslage weitergehen. Es herrscht eine Doppelmoral. Liegt es vielleicht daran, dass bis heute im Parteiprogramm der SPD der „Sozialismus“, dem sich auch Putin verpflichtet fühlt, im Parteiprogramm als Ziel angegeben wird und somit eine ideologische Nähe herrscht? Wer Putin unterstützt und keine Solidarität mit der Ukraine übt, der gibt auch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auf.



Denkmal gegen Totalitarismus Prag

# Geschichtsverdrängung

Seit 2014 haben die Armeen des russischen Diktators W. Putin die Krim widerrechtlich okkupiert und führen Krieg in der Ostukraine, ohne dass es zu wirklich massiven Sanktionen der Europäischen Union kam, was vor allem an dem Einfluss von deutschen „Putin-Verstehern“ lag, die lange Zeit die Außenpolitik dominierten. Verharmlosend wurde von einem „eingefrorenen Konflikt“ geredet. Selbst als die von Russland befehligten Söldner im gleichen Jahr mit einer russischen BukM 1 Rakete eine Malaysische Passagiermaschine abschossen. Dabei starben 298 Menschen. Auch dann noch bestimmten die Verharmloser weitgehend die politische Landschaft. Weiterhin wurde von vielen in der Politik die Hoffnung von einer „Sicherheitspartnerschaft“ mit dem russischen Präsidenten geträumt. Dabei hatte er in seinen Reden auf der Münchner Sicherheitskonferenz sowie im deutschen Bundestag ganz offen seine aggressiven Vorstellungen geäußert. Ähnlich wie Breshnew redet er von „begrenzter Souveränität“ seiner Nachbarstaaten und von seiner Vision, die UdSSR wieder zu errichten. Allerdings herrscht wenig Interesse in Polen, Litauen, Lettland, Estland, Ukraine und Georgien, in dieses Völkergefängnis freiwillig zurückzukehren. Putin als ehemaliger Nomenklaturkader der KPdSU und Geheimdienstchef von KGB/FSB, hat sein sozialistisches Weltbild nie korrigiert. Das Wort „Selbstbestimmung der Völker“ kommt darin nicht vor.

Doch die westlichen Länder, die jetzt so zögerlich Solidarität mit der Ukraine üben, haben etwas Entscheidendes verdrängt und vergessen. 1994 haben sich die USA, Großbritannien, Frankreich UND Russland im Budapester Memorandum verpflichtet, die Sicherheit der Ukraine zu garantieren, wenn dieses Land im Gegenzug die sowjetischen Atomwaffen an Russland übergibt. Da die Ukraine auch Teil der UdSSR war, hätte sie Anspruch auf diese Atomraketen gehabt und sie behalten können. Dann wäre sie heute als Atommacht fast unangreifbar. Zu dieser Zeit war der KPdSU-Nomenklaturkader Krawtschuk Präsident der Ukraine, und Russlands Präsident Jelzin stammte ebenfalls aus dieser Kaste. Beide gingen damals wahrscheinlich davon aus, dass es auch in Zukunft weitgehende „brüderliche“ Übereinstimmung in der Politik geben würde.

Nachdem Putin Jelzin und seiner korrupten Familie den Abgang von der Macht mit Zusagen zur „juristischen Immunität“ schmackhaft machte, errichtete er mit dem Stamm seines KGB/FSB die altbekannte Geheimdienststruktur erneut. Sie machte sich den Staat zur Beute. Viele tote Journalisten und Oppositionelle säumen seitdem seinen Weg, von Anna Politkovskaja über Boris Nemzov bis Alexander Litvinenko, bis hin zum Mordversuch an Alexej Nawalny und auch das Verbot von MEMORIAL gehört letztlich zu

den Verbrechen, die Putin als russischer Präsident zu verantworten hat. Wenn jetzt die Bundesregierung als Bremser von Sanktionen gegen Russland auftritt, dann begibt sie sich in eine Geiselhaft von Putins Gnaden, und diskriminiert wie er, alle Menschen, die durch Putins Herrschaft verfolgt, inhaftiert oder ermordet wurden. Die Freiheit Deutschlands wird auch an der russisch-ukrainischen Grenze verteidigt.

Wenn Putin die Ukraine angreift, dann ist er aus Sicht des Autors als Aggressor auf einer Stufe mit Hitler und Stalin. Damit stellt sich auch die Frage, ob Deutschland zukünftig seiner historischen Verantwortung gegenüber der Ukraine nachkommt oder ob es zur „Finnlandisierung“ kommt unter der Herrschaft Putins. Und noch etwas darf nicht vergessen werden. Der chinesische Diktator Xi Jinping, der gerade mit Olympischen Winterspielen für seine „Demokratiebestrebungen“ belohnt wird, sieht genau zu, wie sich die Europäer verhalten. Seine Einsatzpläne gegen die Republik China-Taiwan liegen schon in seiner Schublade. Auch die Freiheit Taiwans liegt somit in der Hand der deutschen wie der EU-Politik.

Nicht, dass der politische Witz aus den 1960er Jahren noch Wirklichkeit wird: „Wetterbericht 2030. Am Nordpol kalt, im übrigen China schön.“ Es ist ein Unterschied, ob man Freiheit hat oder von ihr träumen muss.

Alexander W. Bauersfeld

## Putins Beutezug – Ein Kommentar

Ist der russische Präsident Wladimir Putin der Befreier der russischen Brüder und Schwestern in der Ukraine? Ist er der siegreiche Rächer der „historischen Zurücksetzung“ Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion? Ist er der Wiederhersteller russischer Weltinteressen? Ist er der Hüter patriotischer russischer Gefühle? Oder ist Putin mit seiner Klitterung historischer Fakten und seiner Demagogie gegen den Westen, mit seiner inszenierten Propaganda in Europa gescheitert? Die Bewohner der Krim und der Ost-Ukraine werden bitter leiden unter der zunehmenden autokratischen russischen Herrschaft. Obendrein führt Putins schlichter Nationalismus Russland in die internationale Isolation. Wenn da China nicht wäre.

### Russische Tyranis und geostrategische Ziele im 18. und 19. Jahrhundert

Putin ist kein Alexander der Große und schon gar kein Cäsar. Im Übrigen war es die deutsche Katharina von Anhalt-Zerbst, Zarin von Russland, die ihren Gemahl, Zar Peter III., in die ewigen Jagdgründe schickte und die Krim brutal erobern ließ. Nach der Eroberung der Krim von den Türken erklärte sie die Krim umgehend als „ewig zu Russland“ gehörend. Ist die Krim dadurch historisch gesehen „schon immer Russisch“? Wladimir Kondratjew (Russischer Journalist und Deutschlandkorrespondent des russischen Fernsehsenders NTW), behauptete das jedenfalls 2014: „Historisch gesehen war die

Krim immer russisches Territorium. Jetzt wird die historische Gerechtigkeit wieder hergestellt.“ Auf Wikipedia können wir dagegen lesen: „Im Schwarzmeergebiet hielt noch lange die Herrschaft des Krimkhanats unter osmanischer Oberhoheit an, bis die Krim im 18. Jahrhundert vom Russischen Kaiserreich annektiert wurde.“ (Vgl.: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ukraine> und <http://de.wikipedia.org/wiki/Ukrainisierung>)

Die unter der Deutschen Katharina die Große angelegten geostrategischen Ziele Russlands sind bis heute aktuell. Sie haben nichts an Bedeutung für das politische Machtverständnis der russischen Politik verloren. Die verloren gegangenen Gebiete des sowjetischen Imperiums, ihre ehemaligen Teilrepubliken, sie sollen in einer „Eurasischen Union“ aufgehen. Das ist nur eine dem russischen Zeitgeist



angepasste Umschreibung für einen Gebietsrevisionismus in den Grenzen der Sowjetunion. In dieser Art historischer Verklärung werden die politischen und geostrategischen Ziele sichtbar. Ihre propagandistische Legitimation ist die tiefere Wurzel zur fortwährenden Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechtes der ehemals ins russische Reich und danach in die Sowjetunion gepressten Völker. Bis heute wurden die neu entstandenen Staaten nur teilweise zu eigenständigen Staaten. Zwar strebten einige immer wieder nach politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Russland, dennoch blieben und bleiben die meisten ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion nach deren Zerfall direkt oder indirekt von Russland abhängig, so z.B. Weißrussland und die Ukraine, aber auch die ehemaligen Teilrepubliken im Kaukasus und im angrenzenden Vorderasien.

Und was ist mit dem Königsberger Gebiet? Ethnisch gesehen waren Königsberg, Pommern, Ostpreußen und Schlesien bis zur Vertreibung 1945 Vielvölkergebiete mit deutschsprachiger Bevölkerungsmehrheit. Bis heute wirkt vor allem das 1945 annektierte und russisch besetzte Königsberg für Polen wie ein Stachel im europäischen Fleisch. Für die Russen gilt das Gebiet unterdessen als unverzichtbarer geostrategischer Stützpunkt. Legitimiert wird die als „ewig“ deklarierte Besetzung vor dem Hintergrund von Reparationsforderungen und als Kriegsbeute gegenüber dem besiegten Hitlerdeutschland – eine Reparation, die eine Annexion war, bis heute. Und, der Westen und erst recht Polen fühlen sich durch die russische Enklave des Königsberger Gebietes sehr wohl strategisch bedroht.

### **Das russische zwanzigste Jahrhundert**

Stalins und seiner Nachfolger geostrategischer Machthunger, ersterer war laut Medien sogar der Brötchengeber von Putins Großvater, der als Koch für Stalin arbeitete, waren dann noch größer als der von Katharina der Großen und den Romanows. Es war „Väterchen“ Stalin, der selbst zum Völkermörder wurde. Und er scheute sich nicht, mit dem ideologischen Hauptfeind Hitler, mit dem er in Europa um die geostrategische Vorherrschaft konkurrierte, zu paktieren. Die Folge war ein entfesselter Weltkrieg, die Kriegsbeute die Herrschaft über Osteuropa. Stalin selbst besiegelte im Hitler-Stalin-Pakt den Krieg gegen Polen. Er ermöglichte Hitler

durch das zeitweilige und strategische Bündnis Krieg zu führen, ermöglichte Hitler den Völkermord. Das hielt Stalin nicht davon ab, sich auf andere Weise am Völkermord zu beteiligen. Zig Tausende Polen ließ auch er ermorden. Und auch Katyn ist bei den Polen zu Recht nicht vergessen. Ganz abgesehen vom Völkermord an der eigenen russischen Bevölkerung, den Minderheiten und vermeintlichen Kollaborateuren in den besetzten Ländern, wozu auch die Ukraine zählte. Der historischen Tradition der Zaren Alexander III. und Nikolaus II. folgend, waren diese Völker einer massiven Russifizierung unterworfen. Insbesondere die Ukraine und Weißrussland gelten bis heute als „Klein- bzw. Neurusland“.

Nach Stalin kam Chruschtschow, der die Welt gemeinsam mit anderen Weltherrschern an den Rad eines Weltuntergangs manövrierte. Diesem folgte der „kussfreundige“ Breschnew, der Chruschtschow gleich das russische Weltreich zusammenhielt mit brutaler Unterdrückung. Und, der den Russen das Afghanistan-Trauma verschaffte. Vor dem „Abenteuer“ Afghanistan ab 1079 waren da noch Chruschtschows Intervention in Ungarn 1956 und Breschnews Eingreifen in der Tschechoslowakei 1968. Nur die polnische Regierung konnte sich 1956 und 1980/81 bei Versicherung eigener Gewaltanwendung gegen das eigene Volk einem militärischen Zugriff entziehen. Die Beherrschung Ost-Mitteleuropas und der Afghanistan-Krieg zehrten das sowjetische „Großreich“ aus. „Die Luft“ war raus und es kam 1985 Michail Gorbatschow. Als Gorbatschow die so genannte „Breschnew-Doktrin“ (Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Staaten Ost- und Mitteleuropas) von 1968 im Jahr 1988 aufhob, zerfiel das Riesenreich in sich ohne Aufhebens. Über die politischen und/oder persönlichen Gründe und Ursachen wird bis heute kontrovers diskutiert an Hand verschiedenster historischer Quellen und Aussagen von Zeitzeugen.

### **Putins Glanz und Europas Gloria im 21. Jahrhundert?**

Glanz haftet vielleicht der momentanen Selbstinszenierung Putins im Zarenpalast an. Die Gloria wird aber Europa davon tragen. Davon jedenfalls sind strategische Vordenker in der NATO und im Europaparlament überzeugt. Wenn die aktuelle politische, wirtschaftliche und geostrategische Lage der gegenseitigen Bedrohung nicht so ernst wäre, wäre es glatt lächer-

lich, dass sich Putin erneut anmaßt, seine geostrategischen Ziele über Millionen andere Menschen zu stellen. Das russische Parlament und seine angeschlossenen Gremien und Organe changieren wie Marionetten. Sie sind Putins Puppen im großen Theater. Das russische Parlament ist ein willfähriger Unterstützer. Polemisch ausgedrückt, „Zar Putin“ hat verkündet, und wir folgen ihm bedingungslos und voller Bewunderung. Einkreisung, Demütigung und den Hochmut des Westens will Putin maßregeln und bekämpfen. Diese Propaganda fällt auf fruchtbaren Boden in einer weitgehend gleichgeschalteten russischen Bevölkerung. Dem Westen wirft er immer wieder vor, sich in „seine“ geostrategischen Interessen einzumischen. Historische Parallelen drängen sich geradezu auf.

Jenes, was vor unser aller Augen in der Krim passierte und in der Ukraine passiert, ist keine von der Mehrheit der Menschen gewollte freiwillige „Wiedervereinigung“, sondern das war und ist offener Krieg gegen einen Nachbarn, einen legalen Staat, welcher der legitime Nachbar und Verwalter der Krim und der Ost-Ukraine ist. Russland ist illegitimer Besatzer und Aggressor. Russland verletzt wie schon in den zahlreichen Fällen zuvor das Selbstbestimmungsrecht von Minderheiten und Völkern innerhalb und außerhalb Russlands. Betroffen davon sind alle angrenzenden ehemaligen Sowjetrepubliken. Das Völkerrecht wird zu den eigenen Gunsten gebrochen. Vermeintliches oder tatsächliches Unrecht anderer wird zur Legitimation eigenen Unrechts.

### **Europa, Europa, Europa...**

Die angebliche Einkreisung Russlands durch Europa und die USA ist ein propagandistischer Schachzug Putins. Ihm geht es um Machtsicherung nach innen sowie geopolitische Einflussphären. Dies wird zugleich die strategische Isolation Russlands gegenüber Europa verstärken. Wie sich da China gegenwärtig und zukünftig positioniert, ist international brisant. Für Europa muss aber klar sein, es darf keine außenpolitische Spaltung gegenüber einem Aggressor geben. Europa hat die historischen Lehren aus der diktatorischen Vergangenheit gezogen. Europa steht offiziell gegen jede Art von Nationalismus und Revisionismus. Europa wird deshalb aus dieser politischen Krise gestärkt hervorgehen, sich über den gemeinsamen „Feind“ näherkommen.

Redaktion  
Dr. Henning Pietzsch

## Die Gedenkstätte Leistikowstraße trauert um Peter Seele

Die Gedenkstätte Leistikowstraße trauert um Peter Seele, der am 31. Januar 2022 im Alter von 93 Jahren in Potsdam verstorben ist. Der ehemalige Häftling des sowjetischen Untersuchungsgefängnisses war der Gedenkstätte seit Beginn ihres Bestehens eng verbunden.

Gedenkstättenleiterin Ines Reich: „Peter Seele hinterlässt eine große Leerstelle. Über viele Jahre war er regelmäßig bei unseren Veranstaltungen zugegen, berichtete Schulgruppen immer wieder von seinen Hafterlebnissen und nahm an Gedenkzeremonien teil. Als Zeitzeuge steuerte er außerdem wichtige Informationen zur Erforschung des Haftortes bei und übergab Erinnerungsstücke für unsere Sammlung. Wir haben ihm viel zu verdanken. Seine herzliche und humorvolle

Art werden alle Mitarbeitenden stets in bester Erinnerung behalten.“

Peter Seele wurde am 27. Oktober 1928 im thüringischen Mühlhausen geboren, verbrachte den Großteil seiner Kindheit jedoch in Potsdam. 1943 absolvierte er eine Lehre als Dreher und Maschinist bei den Arado-Flugzeugwerken in Potsdam-Babelsberg. Nach Militärdienst und amerikanischer Kriegsgefangenschaft arbeitete Peter Seele ab 1949 als Kraftfahrer und Maschinist für die sowjetischen Besatzungstruppen in Potsdam.

Am 9. Oktober 1951 verhaftete der sowjetische Geheimdienst den 22-Jährigen wegen des Verdachts auf Spionage. Nach der Inhaftierung im Potsdamer MGB-Gefängnis Lindenstraße und in der Villa

Ingenheim hielt die sowjetische Militärspionageabwehr Peter Seele bis März 1952 im Gefängnis Leistikowstraße in Haft. Ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilte ihn wegen Spionage für den britischen Geheimdienst zu 25 Jahren Strafzarbeitslager. Bis 1953 leistete er Zwangsarbeit im Bergbau des GULAG-Lagers Workuta. Im Dezember 1955 wurde er in die Bundesrepublik entlassen, kehrte jedoch kurze Zeit später nach Potsdam zurück. Dort arbeitete er fortan in der städtischen Sportverwaltung.



Foto: Hagen Immel

Peter Seele  
(© Gedenkstätte Leistikowstraße)

Seit den 1990er Jahren war er als Zeitzeuge aktiv. Die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitierte Peter Seele im August 2000.

## Werner Höpfner – zweiter Todestag

Von der Öffentlichkeit bisher weitestgehend unbemerkt, verstarb bereits am 5. Februar 2020 Werner Höpfner. Sein zweiter Todestag soll Anlass sein, seiner zu gedenken und sein Leben zu würdigen.

Werner Höpfner wurde am 19. März 1928 in Berlin geboren. Unter dem Eindruck der Olympiade 1936 in Berlin wird die Begeisterung des Schülers für den Sport verstärkt. Dem Sport widmet er sich auch in der NS-Jugendorganisation, später ist er Sportfunktionär beim Jungvolk und wird sofort nach der Einnahme von Berlin durch die Rote Armee verhaftet. Vom sowjetischen Geheimdienst wird ihm vorgeworfen, Konterrevolutionär und Terrorist zu sein. Siebzehnjährig wird er am 1. August 1945 zu 15 Jahren Arbeitslager verurteilt und über Frankfurt (Oder) nach Inta verbracht, eine Stadt kurz unterhalb des Polarkreises. Dort muss er Jahre im Bergbau Zwangsarbeit leisten. Über Tappiau, Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde, wo er entlassen wird, kommt er 1953 zurück nach Berlin, zur Überraschung seiner Eltern, die in der gesamten Zeit kein Lebenszeichen von ihm erhalten hatten.

Werner Höpfner geht nach West-Berlin, wo er eine Anstellung beim Arbeitsamt bekommt sowie als Sportjournalist arbeitet, später geht er zur Kriminalpolizei mit der Aufgabe, Kinder vor sexueller Gewalt zu schützen. 1960 heiratet er seine

Frau Gundi, mit der er eine Tochter hat. Nach seiner Pensionierung arbeitet er als Begleiter für Reisen nach Russland über Studiosus. 1998 wird er von der Russländischen Staatsanwaltschaft rehabilitiert. Mit achtzig Jahren schreibt er seine Lebenserinnerungen, die im Selbstverlag erscheinen. Schülern seine Erfahrungen mit Diktatur und Willkürherrschaft unter Extrembedingungen zu erzählen, wird nun mehr und mehr zu seinem Lebensinhalt. Er will sie warnen vor den Verführungen der Diktatur, deren Tücke er als Hitlerjunge selbst erlebt hat. Auch will er seinen verstorbenen Haftkameraden eine Stimme leihen. So gibt er auch mehrere wichtige lebensgeschichtliche Interviews, u.a. für die Bundesstiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur oder die Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder). In dieser Gedenkstätte, die im alten Frankfurter Stadtgefängnis eingerichtet ist, findet sich im Gästebuch sein Eintrag vom 22. Juni 2018: „nach 73 Jahren die Rückkehr in das ehemalige Gefängnis Frankfurt a./O. Werner Höpfner“. Er gehörte zu denen, die die Zeit ihrer Unfreiheit auf den Tag genau berechnet hatten – jeder Tag war einer zu viel. Bei Werner Höpfner waren es insgesamt 3.153 Tage und Nächte.

Von Tausenden Russen und Deutschen, die 1945/46 die Frankfurter Haftanstalt



Werner Höpfner auf dem Verschiebebahnhof 22.06.18

auf ihrem Weg ins Gulag durchquerten, war Höpfner der einzige, der später vor Ort noch von seinen Erlebnissen erzählen konnte. Überhaupt ist er einer der überaus Seltenen, die von ihrer Zeit in Frankfurt ausführlich Zeugnis abgelegt haben. Wer sich auf seine Berichte einließ, die er in ruhigen, gesetzten und deutlich formulierten Worten vortrug, sah sich schnell in einen Zustand größter Konzentration versetzt. Vielleicht war es der Kontrast dieser Erzählweise zu den schockierenden Erlebnissen in Haft, im Güterzug und dann unter Tage im Lager, die eine solche Intensität des Zuhörens hervorrief. Unvergesslich ist für mich der Moment, wie dieser hochkultivierte Mann dann doch die Fassung verlor und unter Tränen schilderte, wie sein bester Freund neben ihm auf dem Transport im Viehwaggon nicht



starb, sondern verreckte. In diesem Augenblick, so sagte Werner Höpfner, habe er seinen Glauben an den lieben Gott verloren – und der Eindruck war, dass er darüber ebenso erschüttert war, wie über den Verlust seines Freundes.

Bis zum Schluss hat Werner Höpfner in der Öffentlichkeit einen bewundernswürdigen Lebensmut gezeigt. Schon

schwer krank ließ er es sich 2019 nicht nehmen, am 25jährigen Geburtstag der Gedenkstätte extra nach Frankfurt zu reisen. Frankfurt schuldet Werner Höpfner großen Respekt und Dank für sein Vertrauen, für die Kraft, die er für uns aufgebracht hat, für sein Engagement für Menschenwürde, Demokratie und Freiheit. Möge sein Zeugnis, das uns nun nur noch in Erinnerung und im

Film zugänglich ist, als Botschaft für das wirken, *was wir auf keinen Fall verlieren dürfen*. Werner Höpfner hinterlässt seine Ehefrau Gundi und seine Tochter Christiane mit Familie.

Karl-Konrad Tschäpe  
Gedenk- und Dokumentationsstätte  
„Opfer politischer Gewaltherrschaft“  
Frankfurt (Oder)

## Veranstaltungen und Ausstellungen des Stasi-Unterlagen-Archivs Leipzig für den Monat März 2022

### Buchvorstellungen mit Gespräch im Rahmen der Leipziger Buchmesse

**Zeit:** Donnerstag, 17. März 2022, 18 Uhr  
**Titel:** Die DDR im Blick der Stasi  
Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1983  
**Referenten:** Prof. Dr. Daniela Münkler (Stasi-Unterlagen-Archiv), Dr. Martin Stief (Stasi-Unterlagen-Archiv)  
**Veranstalter:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig  
**Mitveranstalter:** Verlag Vandenhoeck & Ruprecht  
**Ort:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

**Zeit:** Donnerstag, 17. März 2022, 20 Uhr  
**Titel:** Der „große Bruder“ Studien zum Verhältnis von KGB und MfS 1958 bis 1989  
**Referenten:** Dr. Douglas Selvage (HU Berlin), Dr. Georg Herbstritt (Stasi-Unterlagen-Archiv)  
**Veranstalter:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig  
**Mitveranstalter:** Verlag Vandenhoeck & Ruprecht  
**Ort:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

**Zeit:** Samstag, 19. März 2022, 18 Uhr  
**Titel:** Der Blick der Staatssicherheit, Fotografien aus dem Archiv des MfS  
**Referent:** Dr. Philipp Springer (Deutsches Historisches Museum)  
**Veranstalter:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig  
**Mitveranstalter:** Sandsteinverlag  
**Ort:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

**Zeit:** Samstag, 19. März 2022, 20 Uhr  
**Titel:** Wem gehören die Akten der SED?  
Die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv der SED nach 1990  
**Referent:** Christoph Stamm  
(Robert-Havemann-Gesellschaft)  
**Veranstalter:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig

**Mitveranstalter:** Droste Verlag Düsseldorf  
**Ort:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

### Thematische Führung

**Zeit:** Mittwoch, 30. März 2022, 17 Uhr  
**Titel:** Einer Diktatur auf der Spur,  
Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv  
**Thema:** Versuchte Republikflucht am Beispiel des Operativ-Vorgangs „Hohltaube“  
**Veranstalter:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig  
**Ort:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

### Dauerausstellung

**Titel:** Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. – Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.  
**Ort:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig  
**Öffnungszeiten:** Mo. – Fr. 8 – 18 Uhr; Sa./So. und feiertags, 10 – 18 Uhr

### Wechselausstellung

**Titel:** Die Stasi, Ausstellung zur Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in der Region Sachsen  
**Ort:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig  
**Dauer:** 1. Januar bis 30. Juni 2022  
**Öffnungszeiten:** Mo. – Fr. 8 – 18 Uhr; Sa./So. und feiertags 10 – 18 Uhr  
**Titel:** Stasi. Was war das?  
Die Posterausstellung führt anhand von 10 Themenpostern anschaulich in das Thema DDR und Staatssicherheit ein.  
**Ort:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig  
**Dauer:** 1. Januar bis 30. Juni 2022  
**Öffnungszeiten:** Mo. – Fr. 8 – 18 Uhr; Sa./So. und feiertags 10 – 18 Uhr

Eintritt ist immer frei. Es gelten die aktuellen Maßnahmen zum Corona-Infektionsschutz.



## Eisige Zone – Betrachtungen zu einem Buch, das es noch gar nicht gibt.

Übergabeort und -termin im Januar 1977 offiziell vereinbart sind, erweist sich das als Falle. Keine Versprechung wird eingehalten. Dieter Drescher reagiert spontan...

### Zeitgeschichte kann spannend sein. Und unterhaltsam.

Als der Autor, Dieter Drescher, bis 1974 unbescholtener DDR-Bewohner, im Juni dieses Jahres gemeinsam mit seiner Frau wegen Vorbereitungen zur Flucht in den Westen festgenommen wird, ahnt er noch nicht, dass er sich innerhalb weniger Monate in einen „extremen Staatsfeind“ verwandelt. Jedenfalls in den Augen des berüchtigten Ministeriums für Staatssicherheit. Die von Paranoia getriebene Geheimpolizei konstruiert aus dem Versuch, den Staat zu verlassen, ein schweres Verbrechen, welches das friedliebende Gemeinwesen namens DDR zum Umsturz führen könnte. Die Strafen gegen die Eheleute sind drastisch; die beiden minderjährigen Kinder werden in ein Kinderheim entführt, ihnen droht Zwangsadoption.

Davon berichtet Drescher in einem fesselnden Buch, das es bisher leider nur als Manuskript gibt. EISIGE ZONE soll es heißen, und es ist eine Tour de Force durch ein Leben in zwei Diktaturen, die weit über das hinausgeht, was man normalerweise persönliche Erinnerungen nennt. Der Autor entwickelt vielmehr aus einer Fülle beobachteter Ereignisse, Dinge und Personen das Gesellschaftsbild einer Familie, das bis zum Tag seiner Geburt zurückreicht.

Am Anfang steht in einem ersten Handlungsstrang die Verhaftung des Autors und seiner Frau sowie – man weigert sich, das zu glauben – die brüske Wegnahme der zwei- und vierjährigen Kinder, die in ein mentales Nichts gestürzt werden. Ein Psychoterror, der über Wochen betrieben wird, ehe den Großeltern kurzfristig zu den Kindern Zugang gewährt wird.

Ist das schon erschütternd genug, so lastet für die Eheleute die Ungewissheit über den Verbleib und das Schicksal der Kinder wie ein bleierner Schatten über der Haftzeit. Diese wird sich viele Jahre hinziehen. Es ist die kaltblütige Rache des Staates an Menschen, die sich nicht haben verbiegen lassen und auch in der Haft anständig bleiben.

Die Wirrnisse, Verirrungen, auch Niederlagen in der Haftzeit zu verfolgen, gehört zu den Glanzstücken der Geschichtensammlung, wie der Rezensent aus eigener Anschauung zu gleicher Zeit bestätigen

kann. Da kann es auch mal surreal, komisch und schwejkhaft verschwörerisch zugehen. Unterhaltsam bleibt das immer, und man ertappt sich dabei, schnell zur nächsten Story weiterblättern zu wollen, die zumeist in sich abgeschlossen ist.

Lange „strapaziert“ der Autor die Nerven des Lesers, bis er die spannende Geschichte der „Rettung“ der Kinder ansteuert. Und die hat es in sich. Denn sie entpuppt sich als Serie von Lügen, Tricks und Täuschungen der Mielke-Büttel. Mit dem Ziel, die gegebene Zusicherung zu hintertreiben, die inzwischen in Ostberlin bei Pflegeeltern verbliebenen Kinder innerhalb von sechs Wochen an die nach Freikauf Mitte 1976 im Westen lebenden Eltern zu übergeben. Es tut weh, lesen zu müssen, mit welchen perfiden Methoden die eigentlich unbeteiligten Pflegeeltern, deren Familie und die Kleinsten über weitere Monate terrorisiert werden. Selbst als

Reichlich Thrillerstoff bietet sich auch im zweiten Handlungsstrang. Er enthält Geschichten, die an der Biografie des Autors orientiert sind. Mehr als insgesamt einhundert Erzählungen entfalten sich zu einem Panorama voller abenteuerlicher, trauriger, heiterer, bizarrer, banaler, tragischer, sentimentaler, rätselhafter und chaotischer Situationen.

Die Handlungsstränge sind ineinander verschränkt – sicher ein Experiment, das gewöhnungsbedürftig ist. Doch immerhin bilden sich immer neue Spannungsbögen, die Lust auf Weiterlesen machen. Es fehlt eigentlich nur noch ein seriöser Verlag, der dieses Lese-Angebot umzusetzen gewillt ist. Wer eine Möglichkeit zur Veröffentlichung kennt, wendet sich bitte direkt an den Autor: Dieter Drescher, Email: dd.austria@gmx.at

Bernd Lippmann

## Józef Piłsudski – Eine Biografie

Józef Piłsudski (1867–1935) gilt als Begründer des modernen Polen, das 1918 nach mehr als 120 Jahren der Teilung entstand, und als einer der bedeutendsten europäischen Staatsmänner seiner Zeit. Vor dem Ersten Weltkrieg Anführer der polnischen Sozialisten, herrschte Piłsudski in der Zweiten Polnischen Republik ab 1926 autokratisch. Doch zu faschistischen und totalitären Regimen in anderen Ländern hielt er Abstand. Polen sah er als Heimat für viele Nationen. Heute wollen ihn vor allem die Nationalkatholiken für sich vereinnahmen. Damals warf ihm die polnische Rechte seine Herkunft aus dem heutigen Litauen, seine religiöse Indifferenz und seine Nähe zu den Sozialisten vor. Dieses Buch lässt Piłsudskis abenteuerliche Biographie lebendig werden. Zugleich erzählt es die tragische Geschichte eines Landes zwischen den Großmächten.



Wolfgang Templin: *Revolutionär und Staatsgründer, Józef Piłsudski – Eine Biografie*, 448 Seiten, Ch. Links Verlag 2022, ISBN: 978-3-96289-152-7

## Korrektur

In der Ausgabe 1/22 von „der stacheldraht“ heißt es im Beitrag „Ein Kundschafter des Friedens...“, zweiter Absatz, S. 5, „Für seine Spionagetätigkeiten auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik hat er zum 25. Republikgeburtstag der DDR, am 07. Oktober 1989, von Erich Mielke persönlich die 'Medaille für treue Dienste in der Nationalen Volksarmee in Gold' erhalten.“ Richtig muss es heißen „...zum 40. Republikgeburtstag der DDR“. Im letzten Absatz heißt es: „Die Forderung an das Land NRW an den Verein Schalke 04 sollte aber auch nicht von einer Deutsch-Bulgarischen Elterninitiative aus Nottuln im Kreis Coesfeld in NRW geleistet werden, die gegenwärtig um Schulräume für ihre Sprachschule kämpft, sondern vom Bundesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Richtig muss es heißen: „... von der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag“.

Die Redaktion dankt ihren aufmerksamen Lesern

## Xi Jinping – Der mächtigste Mann der Welt?

Schon bevor dieses Buch ausgeliefert wurde, gab es Schlagzeilen, denn die vorab geplanten Lesungen in Deutschland, wurden durch Einspruch aus der Volksrepublik China verhindert. Allein das ein auswärtiger Staat soviel Macht in Deutschland hat, ist ein ungeheurer Skandal. Natürlich kamen sofort die „Xi Jinping-Versteher“ zu den Medien und wiegelten ab, es ginge ja „nur“ um nicht durchgeführte Lesungen in den „Konfuzius-Instituten“ an deutschen Universitäten, u.a. in Hannover.

Folgendes hatte sich ereignet: In akribischer Recherche hatten die beiden Autoren, auch in der „Volksrepublik“ China, die Karriere des „ewigen Präsidenten“ Xi Jinping erforscht, der inzwischen längst die Machtfülle von Mao Tse-tung erreicht hat. Wahrscheinlich gingen die verantwortlichen Kader in der Propagandaabteilung HANBAN, aus dem Politbüro der KPCh, davon aus, dass nach den Interviews von Stephan Aust und Adrian Geiges mit führenden Nomenklaturkadern der Kommunistischen Partei, das Buch den „den Segen der Partei“ hat. Sie gaben daher grünes Licht für Lesungen in den ihnen unterstellten deutschen Konfuzius Instituten. Kurz vor der Veröffentlichung wurde dann die „Notbremse“ gezogen, weil es eben kein systemkonformes Jubelwerk über den „Großen Vorsitzenden“ (wie er in Anlehnung an Mao offiziell genannt wird) geworden ist. Nach den politisch verschärften Strafgesetzen, könnten die Autoren in der „Volksrepublik“ China sogar zu Haftstrafen verurteilt werden, weil „WER XI KRITISIERT, IST EIN PARTEIFEIND UND EIN VERFASSUNGSFEIND“ (S.117).

### Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Von Stalin und Mao lernen, heißt siegen lernen, ist die Devise des heute wie ein Kaiser herrschenden Xi Jinping, ein freundliches Lachen mit EISERNEN ZÄHNEN. Die Geschichte des kleinen Jungen, der die Verfolgung seiner Familie durch Maoisten erlitt und sich trotzdem von der Marxistisch-Leninistisch-Stalinistisch-Maoistischen-Ideologie nicht abwandte, sie sogar als Parteifunktionär noch verschärfte, liest sich spannend und bedrückend. Alle Aspekte der heutigen Politik auch zu Tibet und Hongkong werden dargestellt. Auch der Ausblick auf das Jahr 2049, in dem die Macht ergreifung, die nie durch Wahlen legitimiert wurde, einhundert Jahre her sein wird, ist erschütternd. Xi will bis dahin die „Einheit Chinas“ hergestellt haben, dies bedeutet Krieg gegen die Republik China-Taiwan. Die Herrschaft der KPCh war und ist brutal.

Eine Ursache der von Mao Tse-tung ausgelösten Hungersnot im Land war, dass für die Finanzierung des Atomprogramms 1958 soviel Getreide und Lebensmittel in die UdSSR und DDR geliefert wurden, dass für die eigene Bevölkerung nicht genug Nahrung zur Verfügung stand und Millionen starben. Mao erklärte am 9. Dezember 1958 kaltschnäuzig vor KP-Funktionären „Die Toten sind nützlich, sie können den Boden düngen“.(S. 113)

Auch direkte Grausamkeiten werden erschütternd beschrieben: „An anderen Orten wurden ganze Familien umgebracht, vom jüngsten bis zum ältesten Familienmitglied. Säuglinge, die noch Milch bekamen, wurden gepackt und in Stücke gerissen oder einfach in einen Brunnen geworfen. Mao beobachtete mit eigenen Augen solche gewalttätigen Szenen und billigte sie.“ (S.112) Wer dann Mao bewundert, wie einst Helmut Schmidt, dessen unsägliches Zitat: „Mao hat die Toten nicht gewollt“, bis heute unerträglich ist, der hinterlässt nur noch Fassungslosigkeit, im Angesicht von über 40 Millionen toter Menschen, die durch die Kommunistische Partei Chinas ihr Leben verloren.

Obwohl die Autoren immer wieder versuchen sachlich objektiv zu berichten, ist erkennbar, dass die

Gewalt dieser Diktatur, mit Mao und Xi Jinping untrennbar verbunden ist. Ganz

offen gibt er Diktator zu, dass er auch Stalin bewundert, der einst mit Mao den Angriffskrieg in Korea führte. Auch wenn die chinesischen Politiker immer wieder behaupten, ihre Kurs wäre nicht expansiv, so zeigen doch die Besetzung von Tibet, das Schicksal der Uiguren, die Zerstörung der Freiheit in Hongkong und der aggressive Kurs gegenüber der Republik China-Taiwan, dass es naiv wäre, solchen Äußerungen zu trauen.

Dieses Buch zeigt auf, dass die China-Beschwichtigungspolitik aller Bundeskanzler ab Helmut Kohl gescheitert ist, auch die von Schröder und Merkel. Die Massenmorde auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989, durch die im Auftrag der KPCh wütende „Volksbefreiungsarmee“, war das Signal der chinesischen Diktatur, dass es keinen „humanen Sozialismus“ gibt, sondern ähnlich wie in Nordkorea nur noch blanker Terror die Macht erhält. Die naiven politischen Träumer im Westen, werden dieses Buch sicher nicht lesen, doch dafür alle, die unsere Freiheit erhalten wollen. Hoffentlich erleben auch die Menschen in China, dass Freiheit stärker als Diktatur ist, das Buch macht Hoffnung.

Alexander W. Bauerfeld



Stefan Aust/Adrian Geiges: Xi Jinping - Der mächtigste Mann der Welt, Piper Verlag München 2021, 287 Seiten, ISBN: 978-3-492-07006-5

# MASKIERUNG SZÄRTLICHKEIT

## Dresdner Gedichte

Nach Corona ist vor Corona, das muss man halt wissen!! Erfindung von Epidemiologen, Virologen, Politikern? Oder neue Erfahrung von uns Bürgern und im Besonderen von Lutz Rathenow, der ein Corona-Zwischenhoch hochbeglückt nutzt, um in Dresden im Freien bei Sonnenschein Cappuccino zu trinken und dabei als Sächsischer Landesbeauftragter über das Leben zu philosophieren. Wie immer ist nicht alles eitel Sonnenschein oder etwa Coronaabwesenheit, immer hockt irgendwo eine Fliege an der Wand. Er lässt sich aber nicht kleinkriegen – wie schon nicht als Dissident in der DDR – und lenkt seine Blicke stattdessen auf für ihn Wesentliches wie z.B. seine amouröse Beziehung zu Dresden.

Aufgewachsen in Jena, Dienst an der Grenze der DDR, Studium in Berlin, exmatrikuliert, trieb er sich schließlich als „Anarcho-Kollektiv“ zusammen mit seinem Kumpel Harald Hauswald durch die Hinterhöfe Berlins und veröffentlichte mit ihm ein herrliches Fotobuch OST-BERLIN mit Fotos von Hauswald und witzigen, sarkastischen Texten von

Rathenow. Wer die Beiden kennt, weiß, dass die voll ins Schwarze treffen, den Finger in die Wunde stecken mit der Beschreibung vom teilweise desaströsen Zustand Ost-Berlins. Der Staatsmacht gefiel das gar nicht, das Buch erschien auch noch ausgerechnet beim Klassenfeind BRD. Wo auch sonst? In der DDR hätte

ein solches Buch ja keine Chance

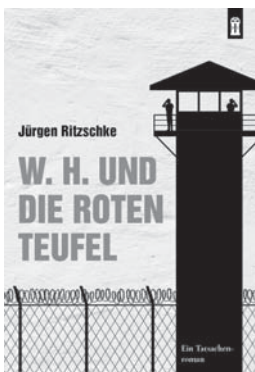
gehabt. Etwas Zeit musste er schon mal in HOHENSCHÖNHAUSEN verbringen bei „Vollpension“. Von 2011 bis 2021 war er „Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ in der Landeshauptstadt.

Rathenow „dichtet“ immerzu, auch schon mal putzige Kinderbücher mit witzigen Illustrationen von Egbert Herfurth, z.B. EIN EISBÄR AUS APOLDA. Wieso APOLDA? Weil es sich auf Obervolta reimt, lässt er schlicht wissen.

Zur Verabschiedung in Dresden im April 2021 erhielt er einen großen Blumenstrauß. Der fiel im Bus auf dem Nachhauseweg natürlich auf und veranlasste Mitfahrende zu freundlichen Kommentaren, woraus er schließt, dass Blumen und Hunde sich eignen, um Kontakte zu knüpfen. Dieser und vielen anderen Alltags-Begegnungen erinnert er in seinem Büchlein, das man gemütlich auf dem Sofa welt- und coronaentrückt auf sich wirken lassen sollte.

Sybille Krägel

.....  
*Lutz Rathenow: Maskierungszärtlichkeit, Dresdner Gedichte, Verlag Schumacher-Gebler, ISBN: 978-3-941209-72-5*  
 .....



.....  
*Jürgen Ritzschke: W. H. und die roten Teufel, Ein Tatsachenroman. 1. Auflage, 434 Seiten, Patrimonium-Verlag, ISBN: 978-3-86417-170-3*  
 .....

## W. H. und die roten Teufel

Die DDR im Jahre 1960: Werner ist siebzehn Jahre alt, als die Stasi eine Akte für ihn anlegt. Erst 33 Jahre später erfährt er, dass diese Tatsache nicht nur sein Leben maßgeblich geformt, sondern fast auch zu seinem Ruin geführt hat. Ein Staatsfeind soll er gewesen sein, verdächtigt der Republikflucht, verurteilt zur Haftstrafe, schlussendlich freigekauft durch die BRD. Doch was ist tatsächlich geschehen im Leben des Werner Hänsgen, dass er sich diesen Vorwürfen ausgesetzt sieht? Und wie sah das System aus, das ihm seinen Glauben rauben wollte? Jürgen Ritzschke gelingt mit seinem Erstlingswerk ein eindringlicher Tatsachenroman, in dem er die authentische Lebensgeschichte des Werner Hänsgen literarisch nacherzählt. Es ist eine Geschichte, wie sie so ähnlich wohl von vielen erzählt werden kann, die im Unrechtsstaat DDR gelebt und gelitten haben. ✈

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März und April Geburtstag haben

Rudolf Hannebauer, Helma v. Nerée am 2. März, Manfred Smala am 5. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski am 18. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Dr. Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze am 9. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Silvia Stimming am 23. April, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer am 27. April

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Margita Eikenberg, Christa Teiner, Käthe Jahn, Martina Kauer, Bernd und Christel Matern, Rainer und Sigrid Schmiedel, Dr. Inge Gorynia, Adelheit Raschke, Gunter Schlamp, Hans-Dieter Fritsch, Konrad Zillerfritz und Barbara Mathei, Anneliese und Norbert Schachnowski, Siegfried Koschwitz, Lothar und Antje Pelz, Peter Bosse, Konrad und Rita Löw, Klaus Habenicht, Anneliese Schubert, Detlef Krastel, Klaus-Dieter Jost, Hermine Hecker, Tobias Woitschuetzke,

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin  
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz  
 (Thema DDR-Zwangsadoption)  
 Mo, Do, Fr, 11–15 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 15 28 58  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
 Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Dr. Margarete Krau, Klaus Bohlken, Dr. Walter Weller, Gisela und Reinhard Klar, Karl-Wolf und Eva-Maria Tiebel, John und Susann Gerstner, Hannelore und Klaus-Peter Fritsch, Hans und Margarete Rocke, Michael und Vera Krug, Manfred Diga, Bund der Vertriebenen Baden-Württemberg, Roland Steinbach, Heike und Martin von Schade, Van Tich Tran und Thi Thuc Nguyen, Angelika Maedicke, Horst Jungbluth, Rolf und Charlotte-Renate Granert, Dieter Obert, Uwe Behne, Burckhard und Roswitha Ulm, Andreas-Martin Herzog, Michael Schutt, Peter Edmund, Robert und Horst Müller, Alexander Grow, Franz und Evelin Schmidl, Kathrin Arnold, Dr. Jens Nielsen, Dr. Wilfried Bölke, David Enkhart, Werner Pethke, Margret Wegener, Ralf und Angelika Schmidt, Gerhard und Carla Weber, Frank Wiebeck, Herbert Kollmorgen, Karl-Heinz Lindner, Bernd Hartwig, Günter und Hildegard Stang, Lutz Kausch, Theodor Hilbig, Roland Briol, Uwe Malcharek, Hans-Jürgen Bestehorn, Barbara Simon, Sigrid Strelow, Hans-Hermann und Friedrich-Heinrich Voss, Ingeborg Kuhne, Wolf-Dieter und Johanna Ohme, Guido Maier, Klaus Buchin, Thomas Rademacher, Dietmar und Hannelore Betke-Erdmann, Peter Hertz, Rosemarie Bove-Wilde, Uwe Behne, Helmuth Astler, Ulrich und Giesela Egerer, Heike Fegeler, Hartwig Kluge, Gunter und Gisela Holzer, Siegfried und Renate Schöne, Christine Kühnast, Pia Flack, Michael Dulig, Thomas Müller, Axel Schonder, Erik Hofmann, Helga Kupte, Hans-Gerog Wolf, Dr. Karin Schmidt, Eberhard Büttner, Andreas Pfeiffer, Reinhold Benroth, Bernd Hartwig, Karl-Heinz Ulrich, Edith Seidler, Werner Henning, Kurt und Brigitte Eisenblättler, Claus und Margit Klappert, Eberhard und Karin Graul, Helge Viereck, Wolfgang Rullik, Anneliese Wolf, Norbert Sommer, Holger Hofmann, Kathrin Lange, Jürgen und Jutta Ritthaler, Florian Christoph, Heinz Schulze, Ema Carbow

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01  
BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

**BSV-Förderverein für Beratungen**  
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz  
Sprechzeiten s. S. 19  
Telefon (030) 55 15 28 58  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen  
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC: DEUT DED B110

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40  
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC: DEUTDE33HAN

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30 oder 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist aktuell stark eingeschränkt)  
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 25. Februar 2022

